inter|kultur

ISSN 1867-5557

Juli – August 2011 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 12

50 Jahre Migration aus der Türkei

Von Vural Öger

Als an einem Frühlingstag im Jahre 1960 die türkischen Medien berichteten, dass Deutschland 15.000 Arbeiter aus der Türkei anwerben wollte, um bei den Ford-Werken in Köln zu arbeiten, war die Nachricht eine Sensation. Damals erschien den Türken, einen Pass zu haben, ins Ausland zu fahren und überhaupt in Deutschland zu arbeiten, einfach unvorstellbar. Ganze 2.500 Menschen türkischer Herkunft lebten zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik. Es waren meistens Studenten, Geschäftsleute und ein paar hundert Arbeiter, die als Tourist eingereist waren und gleich nach der Ankunft eine Arbeitserlaubnis bekommen hatten.

Neukölln 2009. Foto: Loredana Nemes

Im Jahre 1960 herrschte in Deutschland Vollbeschäftigung. 150.000 Arbeitslosen standen 650.000 offene Stellen gegenüber. Das deutsche Wirtschaftswunder war voll im Gange. Wachsender Arbeitskräftebedarf veranlasste den Staat, in südlichen Ländern am Mittelmeer Arbeitskräfte anzuwerben. Die Bundesanstalt für Arbeit unterhielt in den wichtigsten Herkunftsländern Anwerbestellen; zunächst in Italien, dann in Spanien und Griechenland. Schließlich wurde mit der Türkei im Jahr 1961 das Anwerbeabkommen abgeschlossen. Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum reichte das einheimische Arbeitskräfteangebot nicht mehr aus. Die Bundesregierung handelte entsprechend dem Interesse der Wirtschaft, immer mehr ausländische Arbeitnehmer anzuwerben. Sie wurden nun „Gastarbeiter" genannt. Die Bundesregierung, die Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften betrachteten die Ausländerbeschäftigung als mittelfristig notwendige Übergangserscheinung. Das „Rotationsprinzip", das am Anfang angedacht war, um ausländisches Arbeitspotenzial mobil und verfügbar zu halten, scheiterte an dem Unwillen der einzelnen Arbeitgeber. Sie monierten, immer wieder neue Arbeitskräfte einzustellen, wäre nicht wirtschaftlich, die Einarbeitungskosten wären zu hoch. Die Gastarbeiter, damals ohne Familie, wurden in Wohnheimen untergebracht.

Deutschland ist im Laufe der letzten 50 Jahre wider Willen ein Einwanderungsland geworden. Die Politik hat jedoch Jahrzehnte diese Tatsache nicht akzeptieren wollen und lehnte ab, die Realität anzuerkennen. Die konservativen Parteien haben sich in der Fiktion festgebissen, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Gern zitiere ich dazu den Journalisten Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung: „Die deutsche Politik hat grausam lange die Augen davor verschlossen, dass aus Gastarbeitern Einwanderer geworden sind. Als sie merkte, dass man – so Max Frisch – Arbeitskräfte gerufen hatte und Menschen gekommen waren, wollte sie aus ihnen Rückkehrer machen; man wollte sie also wieder loswerden. Statt intensiver Integrationsmaßnahmen, wie sie schon 1979 Heinz Kühn, der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, gefordert hatte, flüchtete sich sowohl die Regierungspolitik von Helmut Schmidt als auch die von Helmut Kohl in Rückkehrprogramme; man proklamierte den Anwerbestopp, produzierte Rückkehrförderungsgesetze, zahlte Handgelder und hielt das für ein Patentrezept."

Nach 50 Jahren der Migration wird immer noch über Sprach- und Integrationskurse diskutiert. Unten wuchs die Angst vor Fremden, oben wuchs die Angst der Regierenden vor den Wählern. Deutschland fehlte eine in sich geschlossene, überzeugende und dem Volk realistisch und ehrlich vermittelte, transparente Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Und all die Alice Schwarzers, Ralph Giordanos, Peter Scholl-Latours und vor allen Dingen Thilo Sarrazins dieser Welt mit ihren Überspitzungen, Übertreibungen und Untergangsszenarien erschwerten den Integrationsprozess. Weitgehend unbekannt ist die Tatsache, dass in Deutschland mittlerweile 70.000 türkischstämmige Unternehmen existieren, die insgesamt einen Jahresumsatz von 70 Milliarden Euro erreichen und 350.000 Arbeitsplätze schaffen. Mit zunehmender Migration werden auch die Aufnahmegesellschaften ethnisch heterogener. In kultureller Hinsicht wird die Gesellschaft vielfältiger. Auf diesen unaufhaltbaren Wandel sind viele Staaten und Gesellschaften noch längst nicht vorbereitet.

Die Islam-Debatte, die seit dem 11. September 2001 teilweise irrationell verläuft, erschwert den Integrationsprozess zusätzlich. Die „vier Millionen Muslime", die in Deutschland angeblich leben sollen, gibt es als Gruppe überhaupt nicht. Wer gläubige, fromme, säkulare oder extremistische Menschen aus der Türkei in den gleichen Topf wirft, muss damit rechnen, dass dies von den Betroffenen als „Abgrenzungsdiskurs" empfunden wird. Die verallgemeinerte Abwertung des Islams in der Mehrheitsgesellschaft verstärkt sich und in deren Konsequenz wird dies von Teilen der Muslime zum Anlass genommen, notwendige und differenzierte kritische Fragen abzuwehren und sich in die Moscheengemeinde zurückziehen.

Die Migration hat Deutschland verändert. Johannes Rau sagte in seiner Berliner Rede im Mai 2000: „Zunächst ist eine schlichte Tatsache anzuerkennen: Dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur in unserem Land zusammenleben, wird sich nicht mehr ändern. Integration ist daher die Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen, wenn wir das Zusammenleben erfolgreich und friedlich gestalten wollen."

Die Einwanderer erwarten, dass ihre Kultur anerkannt, ihre Arbeits- oder Integrationsleistung gewürdigt wird. Einwanderung ist eben auch eine Gefühlssache. Immer wieder wird über die „Bringschuld" der Migranten geredet, ohne einmal mit ihnen gesprochen zu haben. Wer fordern will, muss zugleich eine Kultur der Anerkennung pflegen. Der potentielle Mitbürger steht in der Integrationspolitik nicht im Mittelpunkt der Integrationsbemühungen; es geht hier mittlerweile um den Muslim. Die Integrationspolitik dreht sich fälschlicherweise um Religion, Kultur und Emotion.

29 Prozent der Deutschen haben türkische Nachbarn, das Gefühl von Fremdheit ist den meisten geblieben. Heute, nach 50 Jahren Migration der Türken nach Deutschland stelle ich fest, dass sie mittlerweile ein eigenes Selbstverständnis entwickelt haben, wobei sie der deutschen Gesellschaft aufgeschlossen gegenüber stehen. Sie haben eine eigene Identität hervorgerufen, die über ihre türkischen Wurzeln hinausgeht. Ihre Großeltern waren Gastarbeiter, ihre Eltern Migranten; heute verstehen sie sich als Deutschtürken. Sie verstehen sich als Teil dieser Gesellschaft. Bester Beweis dafür waren die tausenden deutschen Flaggen an ihren Balkonen während der letzten Fußballweltmeisterschaft. Nach einem Fußballsieg der deutschen Nationalmannschaft schmückten zehntausende junge Deutschtürken mit ihren deutschen Fahnen an ihren Autos die deutschen Straßen! Diese jungen Deutschtürken setzen sich differenziert mit den Werten und Normen ihrer Elterngeneration auseinander. Die Traditionen und Kulturelemente werden dann akzeptiert, wenn sie zur eigenen Lebensplanung in der deutschen Gesellschaft passen. Die politischen Dramatisierungen über Parallelgesellschaften schaffen unnötig Probleme. Es gibt sicherlich Schwierigkeiten, Konflikte und manche Probleme der Integration. Es gibt jedoch auch millionenfach gelebte und täglich gelungene Integration in Schulen, Betriebsstätten, Stadtteilen und auf Sportplätzen. Der Spielmacher der deutschen Nationalmannschaft Mesut Özil lässt grüßen!

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER DER „ÖGER TÜRK TOUR GMBH" UND GRÜNDER VON ÖGER TOURS SOWIE EHEMALIGER ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (2004-2009) ■

Zu dieser Beilage

Am 30.10.1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer" ab. Im Jahr 2011 jährt sich dieses Datum zum 50. Mal. Viele Veranstaltungen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen werden daran erinnern und den Einfluss der türkischen Zuwanderung auf Deutschland beleuchten. Die Anwerbeabkommen mit der Türkei und anderen Ländern wie Italien (1955), Spanien (1960), Griechenland (1960), Marokko (1963) und dem damaligen Jugoslawien (1968) zielten zunächst auf die Gewinnung von Arbeitskräften ab. Heute sprechen wir von einer Zuwanderungsgesellschaft. Mit den Etappen der Debatten um Zuwanderung, um Integration und um kulturelle Vielfalt befasst sich diese Beilage.

Illustriert werden die Texte mit Bildern aus der Ausstellung „Beyond – Berliner Männerwelten" der Künstlerin Loredana Nemes. Die Berlinerin, geboren 1972 in Sibiu Rumänien, hat sich mit ihrer Fotokamera im nächtlichen Berlin auf die Suche begeben, um Einblicke in die türkischen, orientalischen und arabischen Lokale in Kreuzberg, Neukölln und im Wedding zu erlangen. In der Beilage Interkultur werden zwölf ihrer Arbeiten gezeigt. Mit ihren klar komponierten Aufnahmen der Außenansichten dieser geheimnisvollen Orte, die durch die schwarz-weiß Bilder im nächtlichen Berlin wie große Leuchtkästen wirken, versucht sich Nemes diesen Orten sowie ihren Besuchern künstlerisch zu nähern. Entstanden sind u. a. ausdrucksstarke Nahansichten der Cafébesucher. Das Ergebnis dieses Dialogs sind Bilder, die dem Betrachter zum einen kulturelle und visuelle Grenzen aufzeigen, zum anderen aber auch eine Nähe zu den fotografierten Personen entstehen lassen, in dem sie als Individuen aus ihrer Anonymität und Kollektivität herausgehoben werden.

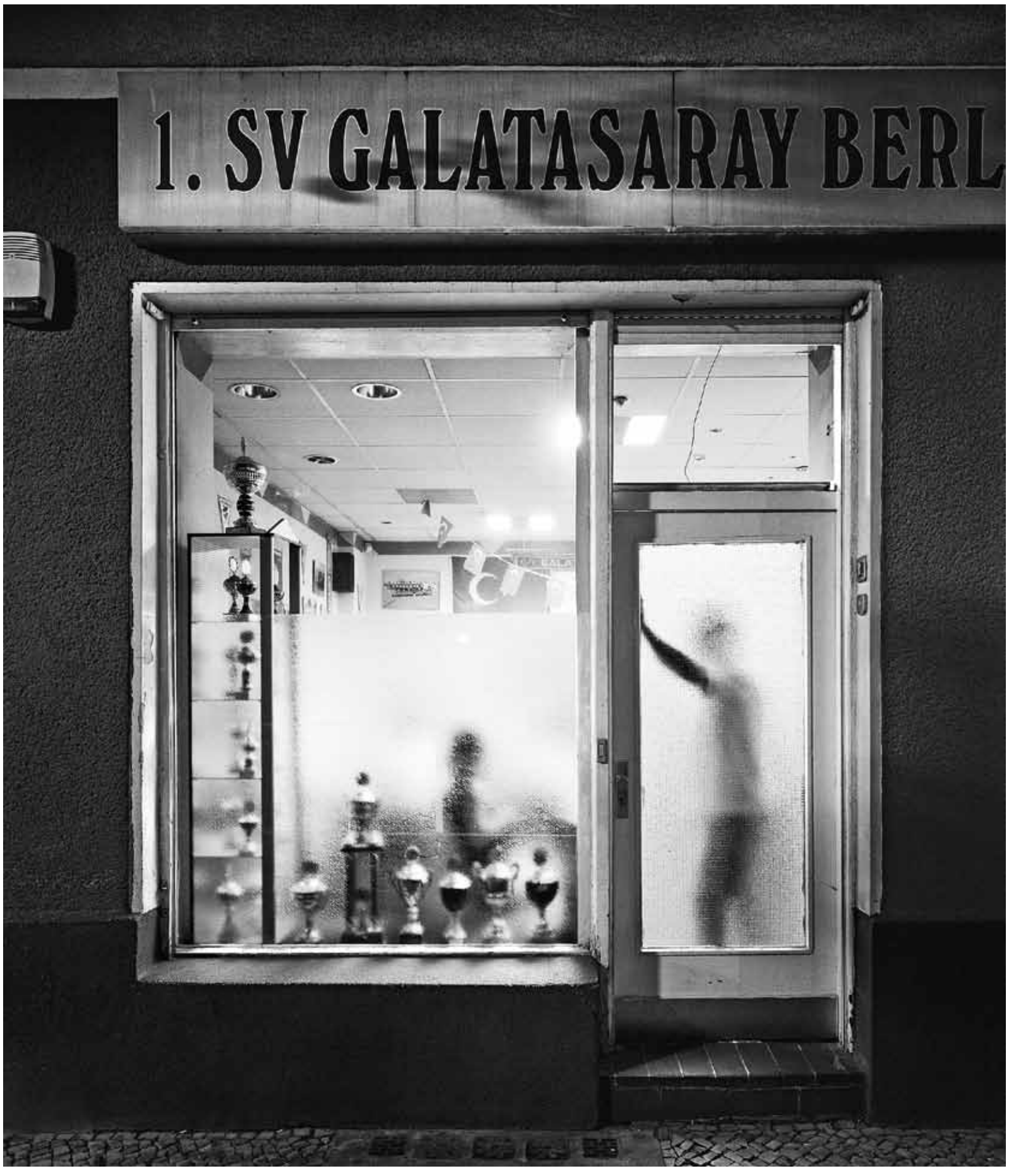
Für die Arbeiten „Beyond – Berliner Männerwelten" im Museum Neukölln hat Loredana Nemes im April dieses Jahres den Förderpreis des Europäischen Monats der Fotografie Berlin 2010 erhalten. Ein Interview mit Loredana Nemes ist in dem Dossier Islam · Kultur · Politik, der Beilage zu *politik und kultur* 01/2011 nachzulesen.

DIE REDAKTION ■

Türkische Migranten

Teilhabe an Kunst und Kultur und die Last der deutschen Geschichte / Von Olaf Zimmermann

Türken, türkischstämmige Deutsche, Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, türkische Zuwanderer der ersten, zweiten, dritten bis zur x-ten Generation, Deutsch-Türken, Berlin-Türken, Frankfurt-Türken... Allein die sprachlichen Verrenkungen und die immer mitschwingende „Political Correctness“ bei dieser Aufzählung lassen einen fast schwindelig werden, wenn es darum geht, Menschen zu benennen, die in Deutschland leben, vielleicht auch deutsche Staatsbürger sind, in jedem Fall aber einen Herkunftsbezug zur Türkei haben.



1. SV Galatasaray, Neukölln 2008. Foto: Loredana Nemes

Wer ist eigentlich ein Migrant?

In der zweiten Stellungnahme des Deutschen Kulturrates, die wir gerade gemeinsam mit Migratenverbänden erarbeiten, werden die Begriffe „Migranten“, „Zuwanderer“, „Person mit Zuwanderungsgeschichte“ und „Person mit Migrationshintergrund“ synonym und in der Definition des Statistischen Bundesamtes verwendet. Als Personen mit Migrationshintergrund werden demnach definiert „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Schön ist die Definition nicht gerade, aber zumindest praktisch und eine (wirklich nur) erste Annäherung an die Frage, wer ein Migrant ist und wer nicht.

In Deutschland leben etwa 3 Millionen Menschen, die bzw. deren Vorfahren aus der Türkei stammen. Sie stellen damit die größte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wird sich mit den kulturpolitischen Fragen der Integration und des Zusammenlebens in Deutschland befasst, muss man sich zunächst eingestehen, dass die Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren keine Mitbürger suchte, sondern Arbeiter, die schwere und teilweise auch unattraktive Arbeiten in Industriebetrieben, bei der Müllabfuhr und anderswo verrichteten sollten. Es wurden Menschen gesucht, die jung waren, klaglos hart arbeiteten und bald in ihre Heimat zurückkehren würden. Weder wurden ein Schulabschluss noch Sprachkenntnisse oder gar ein Interesse an der Kultur und an dem Zusammenleben mit Deutschen in Deutschland erwartet. Ebenso wenig wurde sich für die Kultur der sogenannten Gastarbeiter oder auch deren Religion interessiert. Die im Laufe der Jahre entstehenden abgeschotteten Hinterhofmoscheen sind nicht nur, wie oftmals behauptet wird, ein Symbol für mangelnde Integrationsbereitschaft der Zuwanderer, sondern stehen auch wie ein Fanal für das fehlende Interesse der deutschen Politik an den kulturellen und religiösen Bedürfnissen der Menschen, die kamen, und für viele damals absolut überraschend, auch blieben.

Teilhabe an Kunst und Kultur

Nach fünfzig Jahren Migration aus der Türkei muss es darum gehen, dass die Menschen mit einem türkischen Hintergrund stärker an Kunst und Kultur teilhaben. Auch sie finanzieren mit ihren Steuergeldern die öffentlich geförderten Kultur- und Bildungseinrichtungen. Insofern sind es keine Almosen und auch keine besonders gute Tat, wenn überlegt wird, wie Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die bislang öffentlich finanzierte Kultur- und Bildungseinrichtungen kaum nutzen, stärker einbezogen werden können. Es ist schlicht und einfach eine Frage der Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft kann es sich auf Dauer nicht erlauben, einen erheblichen Teil der Bevölkerung von der Partizipation an den öffentlichen Kultureinrichtungen auszugrenzen. Viele Kultur- und Bildungseinrichtungen sind glücklicherweise sehr daran interessiert, sich interkulturell zu öffnen. Sie überlegen, inwieweit sich ihr Programm ändern muss, um auch für Migranten attraktiv zu sein. An dem vom Deutschen Kulturrat initiierten Runden Tisch, an dem Vertreter aus Migrantenorganisationen und Vertreter aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates gemeinsam Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung von Kultur- und Bildungseinrichtungen debattieren, werden solche Fragen intensiv erörtert. Ein wichtiges Thema ist in diesem Kontext die Frage der Kulturfinanzierung. Wenn sich die Bevölkerungszusammensetzung ändert, liegt auf der Hand, dass auch die Verteilung an Mitteln sich verändern muss. Gerade Migrantenorganisationen bzw. künstlerische Initiativen von Migranten sind zumeist unzureichend finanziert. Die Anforderungen, die an sie gerichtet werden, gehen über die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen weit hinaus. Insofern liegt es auf der Hand, in den kommenden Jahren auch über die Verteilung der finanziellen Ressourcen zu debattieren. Bei knapper werdenden Mitteln ist dies keine einfache Herausforderung.

Über die Verteilung von Mitteln und die Partizipation von Menschen an kulturellen Angeboten hinaus ist aus meiner Sicht die Sichtbarmachung von Künstlern mit Migrationshintergrund eine zentrale Herausforderung. Es gibt in Deutschland viele Gegenwartskünstler mit Migrationsgeschichte aus den unterschiedlichen künstlerischen Sparten, die hier leben und arbeiten. Bekannte Künstler mit türkischen Wurzeln sind Fatih Akin, Feridan Zaimuglu, Zafer Senuçak, Shermin Langhoff, um nur einige wenige zu nennen. Immer noch haftet ihnen aber das Etikett des Exotischen an. Als sei es etwas besonderes, dass Künstler mit türkischen Wurzeln hervorragende Kunst machen.

Die in Deutschland lebenden Türken bzw. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund gehören inzwischen unterschiedlichen Schichten und Milieus an. Viele Kinder der sogenannten Gastarbeiter haben in Deutschland die Schule besucht, haben Abitur gemacht, haben studiert. Sie gehören zur Elite und zu den Meinungsmachern. Der entscheidende nächste Schritt der Integrationspolitik ist meines Erachtens, diese Menschen stärker an Deutschland zu binden. Es ist bemerkenswert, dass zurzeit mehr Menschen Deutschland in Richtung Türkei verlassen als aus der Türkei nach Deutschland kommen. Darunter sind viele sehr gut Ausgebildete. Diese Menschen für Deutschland zu begeistern, ist eine Zukunftsaufgabe.

Deutsche Geschichte behindert Integration

Und vielleicht ist ein Grund für die schwierige Identifikation mit Deutschland unsere jüngere Vergangenheit, mit Holocaust und „Drittem Reich“. Dieser Teil der Geschichte Deutschlands ist mit Scham und Schuld verbunden, auch wenn die Generation derer, die entweder aktiv in die Verbrechen des Nazi-Regimes involviert waren oder aber dazu geschwiegen haben, immer kleiner wird. Auch wir Nachgeborenen sind mit der Scham und der Schuld groß geworden und sind daher oftmals befangen, wenn es um das Verhältnis zu den Nachbarstaaten und insbesondere auch zu Israel und Palästina geht. Wie geht es aber den Menschen, die einen türkischen Migrationshintergrund haben? Erben sie die Scham und Schuld mit der Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft? Und wie ist bei jenen, deren Eltern bereits Deutsche geworden sind, deren Großeltern also aus der Türkei stammen?

Aber auch unsere jüngste Geschichte, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, birgt erinnerungspolitischen Sprengstoff. Ende der 1980er Jahre war in Westdeutschland ein Aufbruch in der Integrationspolitik zu spüren. Das Schlagwort „Multi-Kulti“ beschreibt unzureichend, die seinerzeit unternommenen Anstrengungen des Ernstnehmens der kulturellen Erfahrungen und Hintergründe der Zuwanderer, markiert aber präzise einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess. Der Fall der Mauer und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ließen diesen Diskurs in den Hintergrund treten. Es ging nunmehr um die gemeinsame Geschichte der Deutschen. Über den Einheitstaumel gerieten jene Menschen in Vergessenheit, die bereits Jahrzehnte besonders in Deutschland-West wohnten und keine deutsche Abstammung hatten. Wie haben sie die Vereinigung erlebt? Ist es auch ihre Wiedervereinigung?

Mit Blick auf die jüngere deutsche Geschichte lohnt es sich meines Erachtens einmal mehr kulturpolitisch zu reflektieren, welche Implikationen die deutsche Staatsbürgerschaft für Zuwanderer hat. Übernehmen sie mit der deutschen Staatsbürgerschaft auch all die Schattenseiten der deutschen Geschichte oder nicht? Ich denke, eine Diskussion hierzu würde die Integrationsdebatte in einem neuen Licht erscheinen lassen.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR ■

Etappen der türkischen Migrationsgeschichte

Von Gülay Kizilocak

2011 jährt sich der Abschluss des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum 50. Mal. Zwar haben die deutsch-türkischen Beziehungen eine darüber hinausreichende Tradition, doch erhalten sie durch die Migration eine besondere Bedeutung.

In den 1950er und 1960er Jahren herrschte in der Bundesrepublik Deutschland ein Mangel an Arbeitskräften. Um diesen zu beheben, schloss die Bundesregierung am 31.10.1961 ein bilaterales Abkommen mit der Türkei über die Anwerbung von Arbeitskräften ab. Im Hinblick auf die defizitäre Situation auf dem Arbeitsmarkt wurden vorwiegend jüngere sowie männliche türkische Arbeiter für eine Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie angeworben.
Seit dem Anwerbeabkommen ist die Zahl türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland kontinuierlich angestiegen, ihre Zahl lag nach zehn Jahren, 1971, bereits deutlich über einer halben Million. Die geschichtliche Entwicklung der Migration aus der Türkei nach Deutschland lässt sich an bestimmten Phasen und Etappen festmachen: Die erste Phase der Arbeitsmigration begann mit dem Anwerbeabkommen 1961 und dauerte bis zum Anwerbestopp 1973. Der Anwerbestopp und die darauffolgend einsetzende Familienzusammenführung im Jahr 1974 änderte die Sozialstruktur der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland durch den Nachzug von Frauen und Kindern und der Verlängerung der Aufenthalte. Mit diesem Prozess wandelten sich auch die gesellschaftlichen, politischen und sozialen Dimensionen der Migration, die sich nun – in der zweiten Phase – von einer Arbeits- in eine Familienmigration verwandelt hatte. Diese Veränderungen wurden jedoch von den politischen Entscheidungsträgern nicht ausreichend wahrgenommen. Schließlich glaubten sowohl die deutsche Seite als auch die Betroffenen selbst, dass ihr Aufenthalt in Deutschland nach wie vor nur von befristeter Dauer sein würde.
Die 1980er-Jahre kennzeichnen den Wandel vom befristeten Aufenthalt mit sicherer Rückkehrabsicht zum dauerhaften Verbleib der türkischen Migranten in Deutschland, der sich vor allem in einer Änderung des Bewusstseins der Migranten niederschlug. Die von der damaligen Bundesregierung beschlossene Förderung der Rückkehr der Arbeitsmigranten führte zwar dazu, dass in den Jahren 1983-1985 etwa 300.000 Türken Deutschland verließen. Für die in Deutschland verbliebenen Türken begann nach der aus Perspektive der Regierung insgesamt enttäuschend verlaufenen Rückkehrwelle eine neue Bewusstseins-Ära. Nicht zuletzt die Enttäuschungen der Rückkehrer, denen es oft nicht gelang, in der Türkei sozial und wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen, führten bei den in Deutschland verbliebenen Türken mehr und mehr dazu, den Rückkehrgedanken aufzugeben oder in die ferne Zukunft zu schieben und von einem doch längeren Aufenthalt in Deutschland auszugehen.
Die Integration der Zuwanderer – die ja bis dahin nicht als solche gesehen wurden – war in den achtziger Jahren kein Thema der politischen Agenda. Es wurde Ausländerpolitik gemacht, die sich weitgehend auf rechtliche Aspekte bezog, jedoch keine Politik betrieben, um die soziale Gleichstellung oder das gesellschaftliche Zusammenleben zu beeinflussen. Lediglich auf kommunaler Ebene insbesondere in den Großstädten mit hohen Anteilen von Arbeitsmigranten wurde aufgrund zunehmend sichtbarer Probleme ausländischer Kinder an den Schulen damit begonnen, soziale Projekte zur besseren Einbindung zu etablieren.
Die Änderung des Ausländergesetzes vom 1991 kennzeichnet eine weitere Etappe der türkischen Migrationsgeschichte. Mit dieser Änderung wurde erstmals für Ausländer ein Recht auf Einbürgerung verankert. Aber erst mit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz, das Anfang 2000 in Kraft trat, wurde das Abstammungsprinzip durchbrochen und das Geburtsprinzip mit Optionsmodell für in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern eingeführt. Dennoch blieb das neue Staatsangehörigkeitsgesetz hinter den Erwartungen der türkischen Migranten zurück, denn es schließt nach wie vor die Beibehaltung der ursprünglichen Staatsangehörigkeit aus, für viele Ausländer ein zentraler Grund, sich nicht einbürgern zu lassen. Die grundlegende Änderung des Staatsangehörigengesetztes im Jahr 2000 mit dem Wechsel vom Abstammungs- zum Geburtsprinzip markiert eine weitere Etappe der Migrationsgeschichte und zugleich die erste Etappe der Integrationspolitik. Bereits im Jahr 1998 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung Deutschland zum Einwanderungsland erklärt und damit den Wandel von der Ausländer- zur Integrationspolitik eingeläutet, die in eine institutionelle Umstrukturierung und der Erarbeitung eines Nationalen Integrationsplans mündeten.

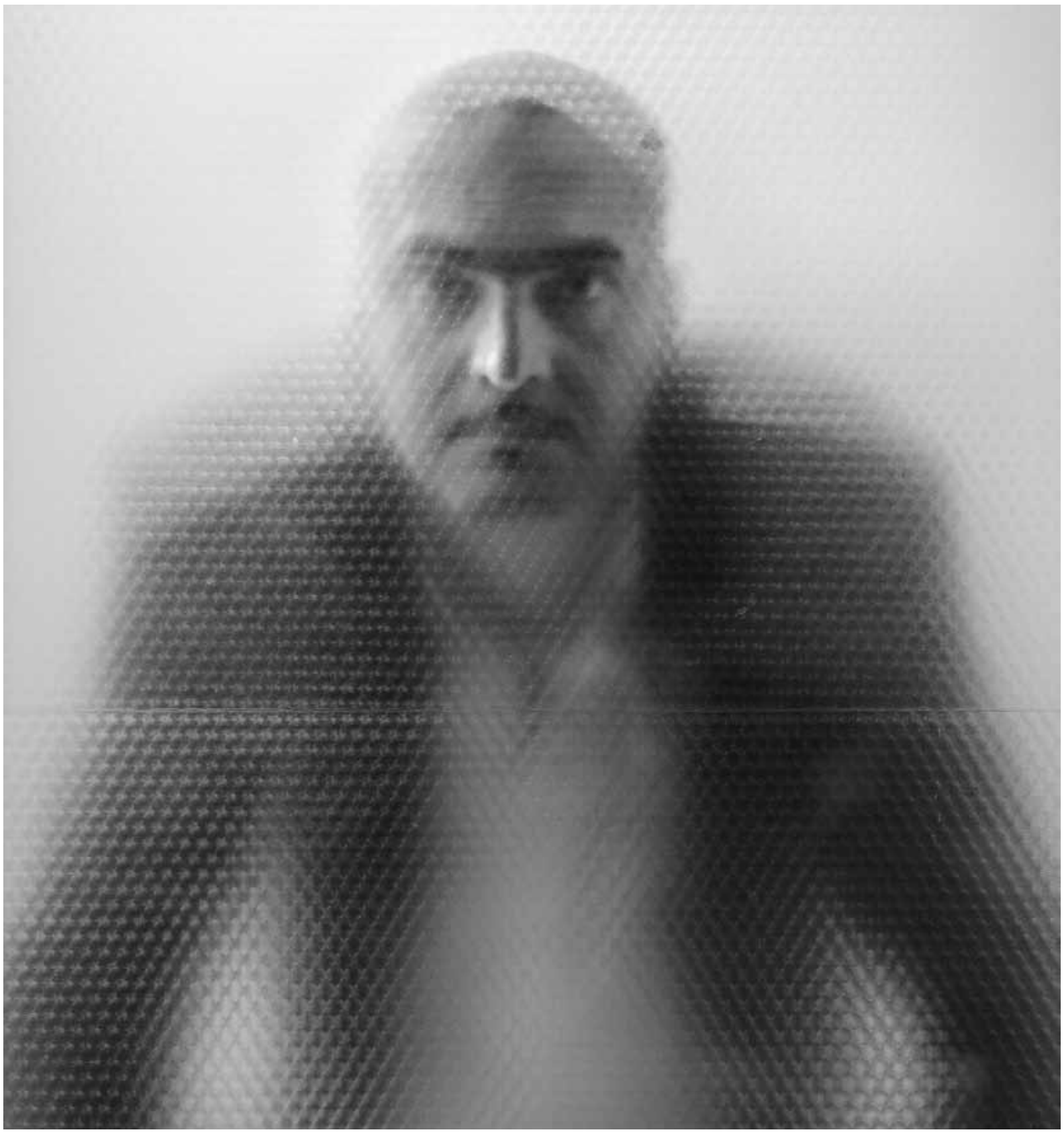
Transformation einer Arbeiterkultur

Im Laufe dieser 50-jährigen Geschichte der Migration aus der Türkei nach Deutschland haben sich die Lebensumstände und die Struktur der türkeistämmigen Bevölkerung stark verändert, unterscheiden sich aber immer noch deutlich von der der Deutschen. Von den heute rund 16 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland stammen rund 2,5 Millionen aus der Türkei. Zu diesen 2,5 Millionen werden nicht die Personen gezählt, die durch Geburt Deutsche sind aber türkeistämmige Eltern haben, die wiederum – ein oder beide Elternteile – eine deutsche Staatsbürgerschaft haben oder es aufgrund des neuen Staatsangehörigengesetzes geworden sind. Rechnet man diese mit ein, kann die Gesamtzahl der türkeistämmigen Zuwanderer in Deutschland auf mehr als 2,9 Millionen geschätzt werden. Ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 26 Jahren und rund ein Viertel der erwachsenen Türkeistämmigen sind bereits in Deutschland geboren. Die Mehrheit der türkeistämmigen Migranten ist mittlerweile in Deutschland heimisch geworden.
In der ersten Phase des Migrationsverlaufs dominierte die Arbeitsmigration mit deutlicher Verwurzelung in der Türkei und fester Rückkehrabsicht, die das Leben in Deutschland weitgehend bestimmte. Heute hat sich die türkische Community in Deutschland in viele Facetten ausdifferenziert, wie die seit mehr als zehn Jahren durchgeführte jährliche Mehrthemenbefragung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) zeigt. Insbesondere im Generationenvergleich werden in den verschiedenen Dimensionen, von der Bildungssituation bis zur beruflichen Stellung, langsame Verbesserungen bei den Nachfolgegenerationen im Vergleich zur ersten Generation und eine Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft sichtbar, wobei insbesondere im Bildungsbereich und der Integration in den Arbeitsmarkt nach wie vor erhebliche Defizite im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung bestehen. Doch auch die erste Generation hat hohe Integrationsleistungen erbracht. Die Mehrheit fühlt sich inzwischen in Deutschland heimisch und hat keine Rückkehrabsichten mehr, was bei der Nachfolgegeneration noch häufiger der Fall ist als bei der ersten. Doch bleibt die Verbundenheit mit der Türkei neben der Verbundenheit mit Deutschland auch in der Nachfolgegeneration bestehen, ohne dass man sich von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen möchte.
Die gesellschaftliche Einbindung, die in der Öffentlichkeit als der zentrale Bereich der Integration wahrgenommen wird, nimmt ebenfalls zu, immer mehr Migranten unterhalten Freundschaften zu Deutschen. Durch die ZfTI-Befragungen wird jedoch deutlich, dass fehlende Kontakte zur einheimischen Bevölkerung und geringe Einbindung nicht immer eine beabsichtigte Folge des Verhaltens der Zuwanderer ist, sondern auch aus Mangel an Gelegenheiten oder aber auch aufgrund von Ablehnung seitens der Deutschen resultieren.

Das Zusammenleben von Türken und Deutschen

Die Jahrzehnte lange Weigerung der politischen Entscheidungsträger, die De-fakto-Zuwanderung als solche anzuerkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, hat dazu geführt, dass Migranten nicht als legitimer und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft betrachtet werden. Dies wirkte sich nicht nur negativ auf das Zugehörigkeitsgefühl und die Identität der Zuwanderer aus, sondern auch auf die Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber Menschen anderer Kultur und Religion.
Die türkeistämmige Migrantenbevölkerung in Deutschland hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet. In Anbetracht der Migrationsrealität von Zuwanderern in Deutschland ist die offene Auseinandersetzung über die Gestaltung des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern überfällig. Eine grundsätzliche Anerkennung der Migranten als integraler Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft ist die Basis eines wechselseitigen Verständigungsprozess und somit eines weitgehend konfliktfreien Zusammenlebens von Migranten und Einheimischen. Es ist endlich an der Zeit, das „Wir-Gefühl“ zu stärken, anstatt mit pauschalen und polarisierenden Aussagen die Spaltung der Gesellschaft zu betreiben.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN BEI DER STIFTUNG ZENTRUM FÜR TÜRKEISTUDIEN DER UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN ■



Nail, Neukölln 2009. Foto: Loredana Nemes

Die Potenziale der Zuwanderung nutzen

Von Andreas Damelang

Die Integration von zugewanderten Personen ist eines der zentralen Themen moderner Gesellschaften. Neben dem Bildungssektor gehört der Arbeitsmarkt zu den Schlüsselbereichen, in denen sich der Erfolg oder Misserfolg der Integration von Zuwanderern in eine Aufnahmegesellschaft entscheidet. Eine existenzsichernde Beschäftigung ist der zentrale Baustein für eine nachhaltige Integration in die Aufnahmegesellschaft. Auf dieser aufbauend scheint erst die Integration der zugewanderten Bevölkerung in andere für die Lebensführung relevante gesellschaftliche Teilbereiche wie Bildung, Wohnung und Gesundheit zu gelingen.

Entgegen der weithin verbreiteten Vorgehensweise, Migranten als defizitäre Akteure zu analysieren und ihre Integrationsschwierigkeiten in den Vordergrund zu stellen, wird der Blickwinkel in diesem Beitrag neu justiert und richtet sich auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Potenziale der Zuwanderung. Versteht man dieses Potenzial in wirtschaftlichen Prozessen zu nutzen, so kann Zuwanderung und die damit induzierte kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft das wirtschaftliche Wachstum stimulieren und positive Impulse für den Arbeitsmarkt aussenden.

Potenziale der Zuwanderung: kulturelle Vielfalt

Die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft wird als Vielfalt an unterschiedlichen Kulturen und Nationen definiert. Kulturelle Vielfalt wirkt sich auf die Produktivität, die Innovationsfähigkeit und den Konsum einer Gesellschaft aus und erhöht in der Folge das Integrationspotential des Arbeitsmarktes. Ein ökonomischer und sozialer Nutzen für die Gesellschaft kann in diesem Zusammenhang insbesondere aus folgenden Gründen resultieren: Zunächst kann sich kulturelle Vielfalt positiv auf die Produktivität auswirken. Dieser Fall tritt ein, wenn Individuen unterschiedlicher Herkunft aufgrund kulturspezifischer Charakteristika in bestimmten Produktionsprozessen in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen, d.h. sich in ihren Fähigkeiten ergänzen. Ein weiterer Aspekt von kultureller Vielfalt ist ihr Einfluss auf den Innovationsprozess. In einer Gesellschaft, die sich aus Menschen mit verschiedenen kulturellen und ethnischen Hintergründen zusammensetzt, existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Werten und Ideen. Findet zwischen den einzelnen Gruppen eine offene Kommunikation statt, können sich neue Denkmuster und Vorstellungen entwickeln. Zum Beispiel können Zuwanderer im Wissenschaftssektor zur Entwicklung neuer Ansätze beitragen oder neue Strömungen in der ursprünglichen Kultur begründen. Des Weiteren kann kulturelle Vielfalt über den Konsum den individuellen Nutzen der Bürger steigern. So zeichnet sich eine Gesellschaft mit einem hohen Grad an kultureller Vielfalt durch eine Vielzahl verschiedenartiger Güter und Dienstleistungen aus. Als Beispiel sei hier das gastronomische Angebot genannt, welches durch italienische, chinesische und griechische Restaurants oder türkische Kaffeehäuser erweitert wird. Ebenso können japanische Dirigenten oder russische Pianisten das Kulturleben einer Gesellschaft bereichern. Schließlich reduzieren regelmäßige interkulturelle Kontakte Diskriminierung und Vorurteile und schaffen ein offenes und tolerantes soziales Klima – ein wesentlicher Standortfaktor im globalen Wettbewerb um talentierte Fachkräfte.

Die grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich die potenziellen positiven ökonomischen Effekte kultureller Vielfalt entfalten können, ist die Teilnahme von Zuwanderern am Wirtschaftsleben, insbesondere ihre Arbeitsmarktintegration sowie ihre Partizipation an der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Im Gegensatz hierzu können die meisten der potentiellen negativen Effekte kultureller Vielfalt, wie erhöhte Transaktionskosten, auch mit einer unzureichenden Arbeitsmarktpartizipation von Zuwanderern eintreten. Deshalb nimmt die Integration am Arbeitsmarkt eine Schlüsselrolle ein.

Internationalität der Bevölkerung

Die ethnisch-kulturelle Heterogenität der Bevölkerungen in den westlichen EU-Staaten hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte, aufgrund von innereuropäischer Mobilität und Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern, deutlich zugenommen. Derzeit leben etwa 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (ca. 20 Prozent der Bevölkerung) in Deutschland, davon sind etwa 7,2 Millionen (ca. 8 Prozent der Bevölkerung) ausländische Staatsbürger. Die multikulturelle Gesellschaft stellt somit in Deutschland wie auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern einen bedeutsamen Aspekt der gesellschaftlichen und ökonomischen Zukunft dieser Länder – mit entsprechenden Chancen und Risiken – dar. Die gegenwärtigen demografischen Trends zeigen deutlich, dass die Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland zudem weiter zunehmen wird.

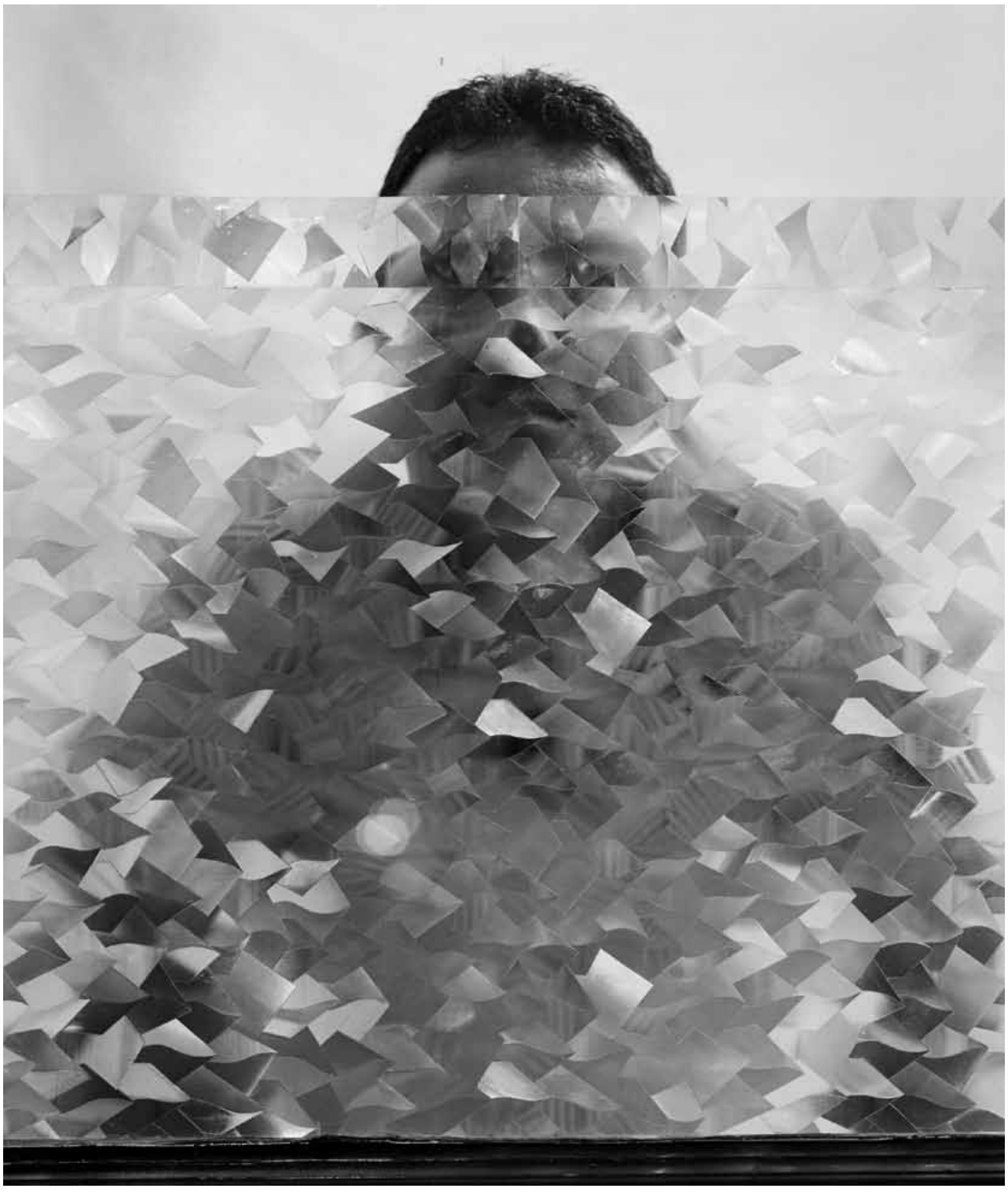
Der Grad an kultureller Vielfalt in Deutschland ist jedoch regional sehr ungleich verteilt. Insbesondere Großstädte weisen eine hohe Konzentration von Menschen unterschiedlicher Herkunft auf. So lebt in den sechs größten deutschen Städten ein Fünftel der gesamten ausländischen Bevölkerung Deutschlands, während dort nur knapp ein Zehntel aller deutschen Staatsbürger angesiedelt sind. Vor dem Hintergrund regional ungleich verteilter Arbeitsmarktchancen – günstige Bedingungen in den süddeutschen Städten, erschwerte Bedingungen in Berlin und Köln – variieren auch die Voraussetzungen, um den positiven Einfluss kultureller Vielfalt nutzen zu können. Allerdings sind Ausländer in allen Städten deutlich schlechter am Arbeitsmarkt platziert als die deutsche Erwerbsbevölkerung, was bedeutet, dass ein erheblicher Teil des Potentials kultureller Vielfalt generell nicht genutzt wird.

Dies liegt auch in der Struktur der ausländischen Beschäftigung in Deutschland begründet. Diese ist noch immer von der sogenannten Gastarbeitermigration der 1960er Jahre geprägt, als formal schlecht qualifizierte Akteure aus dem europäischen Ausland für besonders arbeitsintensive Tätigkeiten angeworben wurden. Zwar sind inzwischen deren Nachfahren im Zentrum wirtschaftlicher Prozesse, ungleiche Beschäftigungschancen werden jedoch weiterhin festgestellt. Aufgrund der sozialen Vererbung von Bildungschancen und dem technologisch bedingten wirtschaftlichen Wandel sowie der Verlagerung produktionsintensiver Tätigkeiten in sogenannte Billiglohnländer sind die Arbeitsmarktoptionen der zweiten und dritten Generation als ungünstig einzuschätzen. Für die Zukunft bedeutet dies, dass zum einen durch gezielte Integrationspolitik Chancengleichheit, vor allem in der Ausbildung, gewährleistet werden muss bzw. durch maßgeschneiderte Förderangebote Fehlentwicklungen ausgeglichen werden müssen. Zum anderen kann das Qualifikationsniveau potenzieller Zuwanderer durch eine Steuerung der Migration nach sogenannten Humankapitalkriterien positiv beeinflusst werden. Somit lässt sich festhalten, dass ethnische Differenzierungslinien auf dem deutschen Arbeitsmarkt weiterhin fortbestehen und die Potentiale kultureller Vielfalt nur unzureichend genutzt werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Freizügigkeitsvereinbarung innerhalb der Europäischen Union sind gesellschaftliche Anstrengungen notwendig, um Chancengleichheit herzustellen, denn Integration impliziert gleiche Chancen. Die gesellschaftliche und ökonomische Integration von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der größten Herausforderungen der deutschen Gesellschaft und wird auch in Zukunft nicht an Aktualität verlieren. Sie sollte daher nicht von tagesaktuellen Geschehnissen beeinflusst, sondern langfristig und gezielt vorangetrieben werden. Dazu sind Offenheit und Entgegenkommen sowohl von Seiten der Zuwanderer als auch von Seiten der Aufnahmegesellschaft erforderlich.

DER VERFASSER HAT EINEN LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE UND EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG MIT DEM SCHWERPUNKT ARBEITSMARKTSOZIOLOGIE INNE ■

Dieser Beitrag entstammt im Wesentlichen aus zwei Quellen: Damelang, A. (2011): Arbeitsmarktintegration von Migranten. Die Potenziale kultureller Vielfalt nutzen, (IAB-Bibliothek, 327) Bielefeld: Bertelsmann-Verlag.

Damelang, A., Steinhardt, M., Stiller, S. (2010): Die ökonomischen Potentiale kultureller Vielfalt. Eine Standortbestimmung deutscher Großstädte, Sozialer Fortschritt, Jg. 59, Duncker & Humblot Verlag, S. 7-16.



Kibris, Kreuzberg 2010. Foto: Loredana Nemes

Herzlichen Glückwunsch

Von Didem Yüksel

„Herzlichen Glückwunsch liebe erste Generation türkische Einwanderer! Sie leben nun 50 Jahre hier in Deutschland! Sie sind Teil dieser Gesellschaft!“, das wäre doch mal ein schöner Titel für eine Wertschätzungskampagne in der Öffentlichkeit mit der sich die ehemaligen „Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen“ und heutige erste Generation türkischer Einwanderer angesprochen und willkommen fühlen könnte.

Kaum eine der Türkinnen und Türken, die zum damaligen Zeitpunkt kamen, um ein wenig Geld zu verdienen und sich anschließend in ihrer Heimat, mit ihrem hier ersparten Geld eine neue Existenz aufbauen zu können, hätte es sich träumen lassen, dass sie ein Leben lang in Deutschland bleiben würden. Insbesondere Arbeitsmigrantinnen nahmen in dieser Zeit einen hohen Stellenwert als Pioniere ein, da sie sich alleine ohne ihre Familien auf den Weg nach Deutschland gemacht hatten. Die Berliner Elektroindustrie suchte in den 1960er Jahren vor allem Frauen für ihre Präzisionsarbeit, daher wurden sie bevorzugt angeworben – auch weil sie für weniger Lohn arbeiteten.
Heute, nach 50 Jahren Anwerbeabkommen, befinden sich die meisten von ihnen im Rentenalter. Einige von ihnen leben hier und gleichzeitig in der Türkei. Sie pendeln zwischen ihrem ehemaligen und neuen Heimatland. Wiederum andere haben sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsbürgerschaft oder nur die türkische Staatsbürgerschaft – sie leben einige Monate im Jahr in der Türkei, kehren um oder leben hier bei ihren Kindern und/oder Enkelkindern. Und manche von ihnen sind bereits verstorben. Die Frage von Verbleib oder Rückkehr wird von der ersten Generation häufig offen gelassen. Vielleicht könnte es auch daran liegen, dass es noch nicht genügend kultursensible Seniorenpflege- oder Wohneinrichtungen für sie in Deutschland gibt. Fakt ist, sie sind hierher gekommen, um hier zu arbeiten. Mit dem Rentenalter müssen sie ihrem Leben in Deutschland einen neuen Sinn geben. Viele haben jahrelang nur daraufhin gearbeitet, ihren Lebensabend in der Türkei verbringen zu können. Für einige bleibt dies nur ein Traum. Aber was wünscht sich die erste Generation?

Türkische Gemeinde in Deutschland

Aus der ersten Generation der Türkinnen und Türken hat sich am 2. Dezember 1995 in Hamburg die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) gegründet, um die Interessen und Belange der Menschen türkischer Herkunft gegenüber staatlichen Instanzen und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die TGD ist eine der größten Migrantenselbstorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist ein Dachverband, dessen Mitgliedsverbände bundesweit rund 270 Einzelvereine organisieren. Die TGD versteht sich als eine pluralistische und weltpolitisch neutrale Interessenvertretung der in Deutschland lebenden Menschen aus der Türkei. In den vergangenen Jahren ist die Türkische Gemeinde gewachsen, auch in Hinblick politischer Mitsprache und Projekte. So ist sie anerkannter Träger verschiedener Projekte mit partizipatorischem Charakter – darunter auch Freiwilligendienste für Menschen mit Migrationshintergrund. Auch zu anderen Themengebiete, wie zum Bürgerschaftlichen Engagement, Umwelt, Diversity, Bildung, Mehrsprachigkeit, Elternmotivierung und -aktivierung, Jugend, Demokratieentwicklung, Netzwerkaktivierung und Mobilität hat die TGD bundesweit zahlreiche Projekte umgesetzt. Des Weiteren sind für die Türkische Gemeinde ihre Mehrsprachigkeitskampagnen sehr wichtig. Die Muttersprache türkisch sollte genauso wertgeschätzt werden wie andere Muttersprachen.

Jubiläum 50 Jahre Anwerbeabkommen

Aus aktuellem Anlass bereiten sich in Deutschland und in der Türkei zahlreiche Organisationen auf das Jubiläum 50 Jahre Anwerbeabkommen vor. Am 31. Oktober 1961 kam es zu dem Anwerbevertrag zwischen der Türkei und Deutschland. Daher wird ein besonderes wissenschaftliches und kulturelles Programm dargeboten, das insbesondere von vier Migrantenorganisationen in enger Kooperation entwickelt wurde. Diese vier

Vahdet Kültür, Kreuzberg 2010. Foto: Loredana Nemes

Organisationen, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD), das Kulturforum Türkei-Deutschland, die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung Essen (ZfTI) haben in den letzten Jahrzehnten durch unzählige Projekte ihren Stellenwert in der deutschen Zivilgesellschaft eingenommen. Bei gemeinsamen Treffen in Berlin und Köln wurde diese Projektidee ins Leben gerufen. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, betonte die besondere Rolle dieser Organisationen als Stellvertreter von Migrationsgeschichte. Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, der wissenschaftliche Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, hob die geplanten Aktivitäten, wie wissenschaftliche Symposien, Ausstellungen, verschiedene Kulturveranstaltungen und Wettbewerbe, hervor. Der Geschäftsführer von DOMiD Aytac Eryilmaz und Osman Okan, der Sprecher des Kulturforums, unterstrichen die Wichtigkeit der Zusammenarbeit, in der die „demokratische Vielfalt der Migrationsgeschichte“ hervorgehoben werde. In Essen findet am 14.09.2011 ein Symposium mit dem Titel: „Zur Erinnerung an den 50. Jahrestag der Gastarbeiteranwerbung aus der Türkei“ statt. Es wird vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung organisiert und in der Zeche Zollverein in Essen durchgeführt. Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD,) wiederum zeigt im Deutschen Historischen Museum in Berlin vom 31.10.2011–14.11.2011 eine Ausstellung zum Thema „50 Jahre Migration aus der Türkei. Geschichte Gegenwart, Zukunft“.
Aus Sicht der Türkischen Gemeinde in Deutschland hat sich das Leben in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren verändert. Die in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft sind vielfältig. Was sie miteinander verbindet ist, dass sie ein Teil dieser Gesellschaft sind, mit all ihren Facetten und unabhängig von Sprache oder Kultur, hier mitsprechen und teilhaben wollen. Sie sind ein Teil dieser Gesellschaft. Sie haben in den letzten 50 Jahren „unser Deutschland“ „bizim Almanya“ mitgeprägt und beeinflusst. Sie alle wollen innerhalb dieser Gesellschaft, Normalität, Selbstverständlichkeit, Teilhabe und Chancengleichheit. Die Chancengleichheit für alle Menschen in allen Bereichen ist unabdingbar, unabhängig ihrer Sprache, Herkunft, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung etc. genau wie die Merkmale im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) festgelegt sind.
Wichtig ist dabei auch zu unterstreichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht automatisch Experten im Bereich Migration sind, sie können auch in anderen Ressorts eine Expertenrolle einnehmen. Beispielsweise im Bereich Sport, insbesondere im Fußball werden Menschen wie Mesut Özil geehrt und mit einem Integrationspreis im Fernsehen ausgezeichnet. Noch mehr allerdings würde es uns als Türkische Gemeinde in Deutschland freuen, wenn Mesut Özil einen Sportpreis für seine Leistungen im Fußball bekommen hätte. Denn dann würde seine Herkunft eine Nebensache sein und sein sportliches Können in den Vordergrund gerückt.

DIE VERFASSERIN IST MITGLIED DES BUNDESVORSTANDES DER TÜRKISCHEN GEMEINDE IN DEUTSCHLAND ■

Ein Koffer voller Hoffnungen

50 Jahre Arbeitsmigration aus der Türkei / Von Sidar Demirdögen

Die Zuwanderung aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland wird 2011 50 Jahre alt. Mit der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei am 31. Oktober 1961 wurde der Grundstein für eine weltweit einzigartige Migrationsgeschichte gelegt. Es ist eine Geschichte von Trennung und Wiederbegegnung, von Fremde und Heimat. Sie ist aber vor allem eine Geschichte des Zusammenlebens und Zusammenwachsens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit all ihren Problemen und gelungenen Beispielen. Das „Land der Arbeit" wurde von Generation zu Generation zum „Land des Lebens". Der Zug, der an der Station „Deutschland" nur für eine kurze Zeit halten sollte, fuhr nicht mehr zurück, sondern immerzu landeinwärts in ein neues Leben. Mit der Zeit verschwanden die Koffer auf den Kleiderschränken und landeten in dunklen Kellerecken. Die mitgebrachten Träume und Hoffnungen wurden in der neuen Heimat ausgepackt und von Hand zu Hand an die Nachfolgegenerationen weitergereicht.

Nour, Neukölln 2010. Foto: Loredana Nemes

Die aktive Anwerbepolitik der Bundesregierung förderte in den 1960er Jahren die massenhafte Zuwanderung südeuropäischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik. 1955 mit Italien, 1960 mit Griechenland und Spanien, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien. Die Migration türkischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland fand ihren Anfang mit dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen von 1961.

Pionierinnen der Arbeitsmigration

Ende 1970 lebten ca. 2 Millionen nichtdeutsche Beschäftigte in Deutschland. Davon stellten Frauen mit rund einem Drittel einen nicht unbeträchtlichen Teil. Zwischen 1960 und 1973 versechzehnfachte sich die Zahl ausländischer Arbeitnehmerinnen von rund 43.000 auf über 706.000. Ihr Anteil an der Gesamtzahl ausländischer Arbeitskräfte stieg in diesem Zeitraum von 15 auf rund 30 Prozent, nicht zuletzt als Folge der forcierten Anwerbung von Migrantinnen. „Ihre Arbeitswanderung war in der Regel in ein familiäres Migrationsprojekt eingebunden. Mehrheitlich handelte es sich dabei um nachziehende Ehefrauen, zu einem kleinen Teil waren verheiratete Arbeitsmigrantinnen jedoch auch Pionierinnen, die vor ihren Ehemännern nach Deutschland gingen. (…) Die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstruktur trug entscheidend dazu bei, dass es sich bei der Wanderungsbewegung der 1960er Jahre um eine Gemengenlage unterschiedlicher Migrationsprozesse handelte, die gleichermaßen solitäre Arbeitsmigration, Ehepaar- und Familienmigration umfasste." (Monika Mattes: „Gastarbeiterinnen in der BRD", S. 316)

Die Arbeitsmigration von Frauen erfolgte im Kontext differenzierter Entwicklungen und Motive: Die geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes, der spezifische Bedarf nach weiblichen Arbeitskräften – besonders in der Textil- und Nahrungsindustrie –, sowie familiäre und individuelle Motive haben ihre Zuwanderung maßgeblich geprägt. Es kamen junge Frauen, Pionierinnen, Mütter, Ehefrauen und Töchter. (vgl. Monika Mattes: ebd.) Und mit ihnen der Weg voller Veränderungen – mit vielen Erfolgen aber auch einer Reihe von Hürden.

Aktuelle Integrationspolitik in Deutschland

Die Gastarbeitermigration in Deutschland ist mehr als fünfzig Jahre alt. Heute leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund. Ursprünglich als Gäste angeworben, leben heute Migranten in der zweiten, dritten und sogar vierten Generation in Deutschland.

Während die Zahl der Migranten in Deutschland wuchs und Migranten immer mehr zu einem natürlichen Bestandteil der Gesellschaft wurden, beschäftigte sich die Bundesregierung bis zum Ende der 1990er Jahre mit der Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht. De facto war es dies schon seit langem. Der politische Umgang mit Zuwanderern entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten konjunkturell unterschiedlich: „Seit dem Anwerbestopp 1973 war die deutsche Ausländerpolitik darauf gerichtet, Zuwanderungen soweit wie möglich zu begrenzen. Die Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland zur Arbeitsaufnahme wurden weitestgehend reduziert". (BMFSFJ: Sechster Familienbericht 2000, S. 9)

Die deutsche Ausländerpolitik wurde als restriktive Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik verstanden und praktiziert. Statt einer aufnahmewilligen Integrationspolitik dominierte eine ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderern, die sich in den 1990er Jahren aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Probleme weiter verstärkte. Mit dem Regierungswechsel durch die rot-grüne Koalition im Jahr 1998 kam es jedoch zu einem Bruch in der bislang restriktiven Einbürgerungspolitik. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht zum 1. Januar 2000 wurde die Aufenthaltsdauer für die Einbürgerung von siebzehn auf acht Jahre verkürzt sowie das „Abstammungsrecht" (ius sanguinis) durch das „Geburtsrecht" (ius soli) ersetzt.

Trotz dieser historischen Wende in der Zuwanderungspolitik kann dennoch nicht die Tatsache außer Acht gelassen werden, dass einerseits bis heute die Integration von Migranten und Migrantinnen unzureichend gefördert wird und andererseits die Stimmen lauter wurden, die eine fehlende Integrationsbereitschaft seitens der Migranten und Migrantinnen beklagen: „Integration wurde somit zu einem Instrument neuerlicher Zuwanderungsblockade". (Oberndörfer, D. 2006, S. 33)

Heute…

50 Jahre türkische Arbeitsmigration in Deutschland ist vor allem eine Geschichte der soziokulturellen Veränderungen in den Lebenslagen von Migrantinnen und der gegenseitigen Annäherung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund über drei, vier Generationen hinweg. Migrantinnen und Migranten sind keine soziokulturelle homogene Gruppe, sondern zeichnen sich durch unterschiedliche und differenzierte Lebensformen und Milieulandschaften aus. Dies gilt vor allem insbesondere für Migrantinnen. Sie hinterfragen tradierte Rollenverständnisse und sie suchen nach „eigenen" Wegen für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in dieser Gesellschaft. 50 Jahre nach Beginn der sogenannten Gastarbeitermigration, leben heute offiziell 2,6 Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland und stellen die größte Gruppe der Migranten in Deutschland. In vielen Großstädten leben Menschen unterschiedlichster Nationalitäten. 50 Jahre türkische Migration bedeutet heute vor allem auch zu erkennen, welche Eigenleistungen die Migrantinnen und Migranten für ihre eigene Integration und für das Zusammenleben erbracht haben. Trotz vieler Schwierigkeiten und Hindernisse, haben sich im Alltag, in den Schulen und in den Berieben, Migranten und Deutsche angenähert.

Eine Biografie im Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland

Die Migrationsgeschichte von Sahnur Yurtsever (38 Jahre) beginnt im Alter von drei Jahren. In einem Dorf nahe der türkischen Provinzstadt Bingöl (östliches Anatolien) geboren, zieht sie im Jahr 1974 mit ihrer Mutter und ihrer kleinen Schwester nach Koblenz. Ihr Vater war 1973 als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Heute lebt sie mit ihrer Tochter in Frankfurt/Main.

Die Zuwanderung der Eltern entspricht der klassischen Gastarbeitermigration. Der Vater verließ bereits im Jahr 1973 das Dorf, seine Familie zog ein Jahr später nach. Die Integration ihrer Eltern beschreibt sie im Kontext ökonomischer Verhältnisse und Arbeitsbedingungen, die eine sprachliche Entfaltung ihrer Mutter verhinderte: „Ich glaube, dass war alles zu fremd für sie, erst einmal. Die ganze Kultur der Deutschen, die Sprachschwierigkeiten. Denn wenn wir heute meine Mutter fragen, „Was hättest Du als erstes gemacht, früher, als Du nach Deutschland kamst?", dann sagt sie „Deutsch lernen". Das ist ihr erstes Ziel. Das war aber damals nicht so. Sie war zuhause für ihre Kinder da. Meine Mama ist auch sehr spät erst arbeiten gegangen. Nachdem wir eine Eigentumswohnung gekauft haben. Weil das Gehalt dann nicht mehr gereicht hat.

→ Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Das Arbeitsumfeld meiner Mutter war auch nur türkisch. Hinzu kommt noch, dass sie eh nicht lesen und schreiben konnte. Das hat sie erst hier gelernt, weil sie sehr großes Interesse hatte."
Sahnur bricht mit den traditionellen Vorstellungen ihrer Eltern und dem sozialen Umfeld, was besonders in der Erziehung ihrer Tochter auffällt. Anstatt überlieferte Normen und Werte in die Erziehung einzubinden und weiter zu tragen, ist sie bemüht, ihrer Tochter all die Möglichkeiten zu eröffnen, die ihr verwehrt wurden. Sie distanziert sich vom traditionellen Rollenbild der Frau zugunsten eines emanzipatorischen Frauenbilds. Dieses emanzipatorische Potenzial setzt sie schließlich gezielt bei der Erziehung ihrer Tochter ein: „Ich habe eine Tochter bekommen. Und ich habe sehr viel mit Frauen in meinem Alter gesprochen. Über ihre Schwierigkeiten, die sie in der Familie hatten, und über die Vorstellungen, die sie für ihre Kinder haben. Es war immer sehr verblüffend. Bei der Unterhaltung kam immer wieder heraus, dass sie immer das machen, was ihre Eltern mit ihnen gemacht haben. Ich wollte das eigentlich nicht, … und ich versuche, meiner Tochter auch das zu geben, das was ich nicht hatte. Sie bekommt also ihre Rechte. Dass sie einen Freund hat, dass sie eine Ausbildung haben soll, Kurse besucht, irgendwie ihre Fähigkeiten entfaltet. Weil das bei uns nicht der Fall war. Und das wünsche ich allen Mädchen."
Von Generation zu Generation wurden eine Reihe von Veränderungen in den Einstellungen und Lebensweisen bei Migranten und Migrantinnen gelebt, die nicht selten konfliktreich verliefen. Tatsache bleibt aber, dass die gegenseitige Annäherung von Deutschen und Migranten auch Spuren in der Identitätsbildung hinterlassen hat. Es ist kein entweder – oder, sondern ein „Mix aus beiden": „Ich könnte jetzt nicht sagen „Meine Wurzeln sind in Deutschland". Oder ich bin türkisch oder kurdisch. Es sind Wurzeln, die überall hinführen. Nicht nur eine, sondern wirklich verzweigt. Es ist eigentlich ein Mix von allem. Wirklich ein Gemisch, wo die Wurzeln überall hinführen. Ja, so würde ich mich sehen", so Sahnur Yurtsever.
Integration ist keine Einbahnstrasse, sondern ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen auf Grundlage von Solidarität und Freundschaft. Es gilt aber noch vieles zu tun, vor allem in der Politik, die die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten herstellen und effizienter Diskriminierung und Benachteiligung bekämpfen muss.

DIE VERFASSERIN IST VORSITZENDE DES BUNDESVERBANDS DER MIGRANTINNEN IN DEUTSCHLAND ■

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Von Ergun Can

Vor 50 Jahren war die deutsche Wirtschaft im Wachstum begriffen. Um den Arbeitskräftemangel auszugleichen, waren bereits in den 1950er-Jahren italienische, griechische und spanische Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. In der Türkei dagegen herrschte Arbeitslosigkeit. Viele Menschen sahen im Anwerbeabkommen mit Deutschland eine Chance, für eine begrenzte Zeit die Existenzgrundlage für ihre Familien in der Türkei durch Arbeit in Deutschland zu sichern. Interessenten, Männer und Frauen, mussten sich einer gründlichen medizinischen Untersuchung unterziehen, denn man wollte gesunde Arbeitskräfte ins Land holen.

Zunächst kamen Bewerber aus bildungsnahen Kreisen, die vornehmlich aus dem großstädtischen Bereich stammten. Erst später kamen auch Menschen aus abgelegenen ländlichen Regionen der Türkei, die entweder keine oder nur eine eingeschränkte Schulbildung mitbrachten. Es zeichnete sich ab, dass die Arbeitsverhältnisse in Deutschland längerfristig Bestand haben würden. Deshalb holten die sogenannten „Gastarbeiter" ihre Familien zu sich nach Deutschland, da ihr Lebensmittelpunkt nach einigen Jahren immer stärker Deutschland wurde.
Nach den Wirtschaftskrisen in den 1970er Jahren und dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit bemühte sich die Bundesregierung verstärkt darum, die „Gastarbeiter" zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen. Rückkehrwilligen wurde eine Prämie angeboten und auch eine Rückerstattung des Eigenanteils an der gezahlten Sozialversicherung. Viele türkische Mitarbeiter der ersten Zuwanderer-Generation haben diese Angebote angenommen und sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Kinder dieser Gastarbeiter jedoch, die hier die Schule absolviert oder eine Berufsausbildung gemacht hatten, fühlten sich in der Türkei nicht zu Hause und wollten in Deutschland bleiben.
So wurde es zunehmend wichtig, in Deutschland eine Art Willkommens-Kultur zu entwickeln. Leider gab und gibt es diesbezüglich immer noch Defizite. Die ersten Ansprechpartner für Zuwanderer sind häufig die Ausländerbehörden, die praktische Integrationshilfen vor Ort leisten. Leider sind aber die dortigen Mitarbeiter oft nicht genügend auf diese Aufgabe vorbereitet. Ihr Verhalten wird von Zuwanderern immer wieder als „herablassend" empfunden und die Zuwanderer fühlen sich als Bittsteller behandelt. Um eine Willkommens-Kultur zu etablieren, ist es wichtig, dass die öffentlichen Verwaltungen Mitarbeiter beschäftigen, die interkulturelle Kompetenzen besitzen. In Stuttgart ist man gerade dabei, in den Abschlussklassen der Schulen auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund eine Stelle bei der Verwaltung antreten können. Das ist ein positives Beispiel.
Stuttgart ist überhaupt ein positives Beispiel für eine gute Integrationspolitik: Dort gibt es eine Stabsstelle für Integration, die beim Oberbürgermeister angesiedelt ist, damit also zur Chefsache erklärt wurde. Das Team ist nicht groß, aber doch eine harmonische Gruppe mit einem sehr engagierten Leiter. Ihm geht es um die Sache und nicht um das Bürokratisch-Technologische. Er schaut eher, wie er die Menschen in Stuttgart zusammenbringen und Netzwerke schaffen kann. Das ist die Stärke von Stuttgart, immerhin leben dort ca. 40 Prozent Einwohner mit einem Migrationshintergrund. Die Stabsstelle initiiert zahlreiche Projekte. Dazu gehören z.B. die interkulturelle Öffnung der Moscheen, Hilfestellung für Zuwanderer bei Gängen zu Behörden oder Hilfen bei der Erstellung von Anträgen. Der Leiter der Stuttgarter Stabsstelle wirkt auf die jungen Migranten motivierend und zeigt ihnen, wo sie Aufstiegsmöglichkeiten haben und gewisse Positionen erreichen können.
Was hat die deutsche Gesellschaft für Vorteile, wenn sie offener auf die aus dem Ausland Zugewanderten zugeht? Dass wir unseren Wohlstand halten und weiter vermehren können.Wir bedingen einander. Die Alterspyramide schlägt immer mehr zu. Wir haben zu wenig junge Leute. Wenn diejenigen jungen Migranten, die gut ausgebildet sind, das Land verlassen, weil sie bei der Arbeitsplatzsuche wegen ihres ausländischen Namens benachteiligt werden, dann ist das für unsere Gesellschaft eine Katastrophe.

Öffnung der politischen Parteien

In diesem Zusammenhang ist auch eine andere Frage wichtig: Inwieweit öffnen sich die politischen Parteien? Ich denke, dass alle demokratischen Parteien gefragt sind, sich stärker zu öffnen. Es kann nicht sein, dass die Parteien ein Parteimitglied mit Migrationshintergrund in ihren Reihen haben, das dann das ganze politische Feld abdeckt. Wenn wir tatsächlich politische Teilhabe anstreben wollen, ist das nicht genug.
Wichtig sind daher positive Vorbilder. Das „Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger", das die Stiftung „Mitarbeit" gemeinsam mit der Körber-Stiftung bis 2009 koordinierte, ist ein offener Zusammenschluss türkeistämmiger Mitglieder deutscher Parlamente. Das Netzwerk ist parteiübergreifend und will ein Forum der Diskussion und des parteiübergreifenden Erfahrungsaustauschs sein. Das Ziel des Netzwerkes ist es, gemeinsam politische Positionen und Vorschläge zur Verbesserung der Integration türkeistämmiger Migranten in Deutschland zu entwickeln und zu fördern. Durch die Arbeit des Netzwerkes soll auch das Engagement von Mandatsträgern mit Migrationshintergrund stärker transparent gemacht und andere Zuwanderer zur politischen Partizipation in Deutschland motiviert werden. Bisher hat das Netzwerk ca. 80 Mandatsträger in Großstädten, Landtagen und im Deutschen Bundestag, die ausländischer Herkunft sind. Das ist nicht viel, aber mit dem Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger wird doch gezeigt, dass auch Menschen mit türkischen Wurzeln in der Bundesrepublik Deutschland derartige Positionen erreichen und besetzen können.

Gesellschaftliche Teilhabe

Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern ist wichtig und so kommt nicht nur den Parteien, sondern auch den Vereinen vor Ort eine besondere Rolle zu. In Sportvereinen beispielsweise sind viele junge Zuwanderer aktiv und absolut gleichgestellt. In anderen Vereinen aber, z.B. in Wandervereinen, findet man leider bisher nur sporadisch Migrantinnen und Migranten. Alle Vereine sollten sich daher deutlich weiter öffnen. In den Vereinen kommen Menschen jeden Hintergrundes zusammen, dort findet gesellschaftlicher Austausch statt.
Auch wenn es im privaten Bereich immer noch sogenannte „Parallelgesellschaften" gibt und viele Familien privat eher unter sich bleiben, kann dort eine zunehemende Öffnung wahrgenommen werden. In immer mehr sogenannten „Mischehen" nähern sich die jeweiligen angeheirateten Familien aneinander an. Sie kochen und essen gemeinsam und feiern miteinander Familienfeste oder religiöse Feiertage. Dadurch beginnen sie, sich gegenseitig kennenzulernen. Das Gemeinsame wird da erkannt, nicht das Trennende.

Unbefangende Integration

Heute ist es vor allem die Jugend, die mit der Integration völlig unbefangen umgeht. Die heutigen Schülerinnen und Schüler knüpfen Freundschaften. Sie, und auch die Enkel der Einwanderer von vor 50 Jahren, fühlen sich oft als Deutsche, nennen Deutschland ihre Heimat und freuen sich, wenn sie in den Ferien ihre Großeltern in der Türkei besuchen können. Deshalb ist es so wichtig, dass das deutsche Schulsystem allen Kindern, egal welcher Herkunft ihre Eltern sind oder welchen Bildungshintergrund sie haben, ermöglicht, mit gleichen Chancen gefördert zu werden.
Leider fehlt dafür noch ein Stück weit die Sensibilität in der Bevölkerung, da beim Thema Migration und Integration nach wie vor viel mit Ängsten gearbeitet wird. Beispielsweise hört man immer noch den Satz: „Die Muslime werden mehr werden, sie übervölkern uns". In der Bundesrepublik ist Religionsfreiheit aber ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht. Die Religionen müssen sich gegenseitig achten und respektieren und dafür sorgen, dass Fundamentalisten in den eigenen Reihen bekämpft werden. Dann ist auch in religiöser Hinsicht Vielfalt eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.

DER VERFASSER IST SPRECHER DES NETZWERKES TÜRKEISTÄMMIGER MANDATSTRÄGER SOWIE MITGLIED DES STUTTGARTER GEMEINDERATES ■

Oriental Temple, Kreuzberg 2009. Foto: Loredana Nemes

Eine Erfolgsgeschichte

Von Mehmet Çalli

Am 31. Oktober 1961 wurde in Bad Godesberg das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei unterzeichnet. Diesem vorangegangen waren bzw. folgten ähnliche Abkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, Portugal, dem damaligen Jugoslawien, Marokko u.a.. Allein aus der Türkei wurden im Rahmen des Abkommens bis zum Anwerbestopp im Jahre 1973 knapp 900.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nach Deutschland geholt. Aus den einstigen „Gastarbeitern" wurden „ausländische Mitbürger" (also keine vollwertigen Bürger mit entsprechenden Bürgerrechten), und heute, ein halbes Jahrhundert später „Menschen mit Migrationshintergrund".

Café Esto, Neukölln 2008. Foto: Loredana Nemes

Heute leben rund sieben Millionen Menschen ohne deutschen Pass in diesem Land – rund zwei Drittel von ihnen mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 20 Jahren. Schenkt man der Politik Glauben, so ist der Versuch, sie in die sogenannte Aufnahmegesellschaft zu integrieren, größtenteils gescheitert. Zum Beweis dieser Behauptung werden Integrationsindikatoren wie überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ins Felde geführt, angebliche Parallelgesellschaften konstruiert, Begriffe wie Integrationswilligkeit oder -bereitschaft erfunden, mit denen man in seit Jahrzehnten andauernden, ausgrenzenden Integrationsdebatten argumentiert.

Allerdings gibt es auch hier die berühmte Rückseite der Medaille, die das Gegenteil dieser Beweisführungsbemühungen widerspiegelt. Darauf sind die gegenseitige Annäherung und das Zusammenwachsen von Menschen mit und ohne deutschen Pass zu sehen. Sie zeigt uns, dass die Geschichte der Arbeitsmigration in das Nachkriegsdeutschland trotz aller Defizite und Probleme aus der Sicht der Objekte der diskriminierenden und ausgrenzenden Debatten doch eine Erfolgsgeschichte ist.

Denn die anfänglichen Rückkehrabsichten der ersten Gastarbeiter-Generation hielten nicht lange. Mit den nachfolgenden Generationen – heute ist die Rede von der 4. Generation – verstärkten sich die endgültigen Bleibeabsichten. Migrantinnen und Migranten fanden in Deutschland ihren neuen Lebensmittelpunkt und machten die „Fremde" zu ihrer neuen Heimat. Heute sind sie ein nicht mehr wegzudenkender, fester Bestandteil der Gesellschaft. So belegte z.B. die SINUS-Millieu-Studie von 2009, dass der soziale Hintergrund und der Bildungsstand das Handeln und die Möglichkeiten der Menschen wesentlich stärker bestimmen als ihr ethnischer Hintergrund.

Laut der SINUS-Studie sind die von Politik gern zitierten Integrationsindikatoren wie Zugang zum Arbeitsmarkt oder Bildungserfolg Fragen der sozialen Herkunft, die für Deutsche ohne Migrationshintergrund ganz ähnlich gelten. Die Studie räumt mit vielen, in der Integrationsdebatte verbreiteten Vorurteilen auf, die in Deutschland nach wie vor das Bild von Migranten bestimmen. Den Stammtischparolen vieler Politiker, die das Schreckensszenario von der „Gefährdung der inneren Sicherheit durch Migranten islamischen Glaubens" an die Wand malen und somit neue Mauern zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion hochzuziehen versuchen, setzt die Studie entgegen, dass z.B. die Mehrheit der Migranten einer christlichen Konfession angehört (56 Prozent) und 22 Prozent sich zum Islam bekennen. Die Ergebnisse belegen, dass von Integrationsunwilligkeit nicht die Rede sein kann, sondern von der großen Bereitschaft, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört auch, die deutsche Sprache zu beherrschen. So bestätigten laut der Studie 85 Prozent, ohne die Sprache könne man in Deutschland keinen Erfolg haben. 68 Prozent schätzten die eigenen Sprachkenntnisse als sehr gut bis gut ein.

Es ist festzuhalten, dass dieser Integrationsstand erreicht werden konnte, obwohl die dafür erforderlichen rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen unzureichend waren. Eine Politik, die den Erfordernissen der Feststellung von Max Frisch aus den frühen 1970er Jahren Rechnung trüge, dass die gerufenen Arbeitskräfte auch Menschen waren, lässt auch heute noch auf sich warten. Zentrale Forderungen nach gleichen Rechten und politischen und sozialen Teilhabemöglichkeiten, die der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn im Jahre 1979 für unumgänglich hielt, sind bis dato nicht realisiert. Stattdessen werden immer mehr Versuche unternommen, die Spaltung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft voranzutreiben. Migrantinnen und Migranten werden weiterhin als Sündenböcke und „Integrationsverweigerer" für rassistische Debatten und Wahlkampfzwecke instrumentalisiert. In diesem Sinne änderte sich der Kern dieser Politik im zurückliegenden halben Jahrhundert nicht.

Und dennoch: Der Prozess der gegenseitigen Annäherung und des Zusammenlebens konnte nicht aufgehalten werden. Er setzte sich trotz politisch forcierter Ausgrenzung und Diskriminierung durch. Trotz alledem ist die Nachkriegsgeschichte auch im Bereich der Integration eine Erfolgsgeschichte. Sie ist die Geschichte des Miteinanders von Deutschen und Migrantinnen und Migranten. Sie ist vor allem die gemeinsame Geschichte von Arbeiterinnen und Arbeitern unterschiedlicher Herkunft, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Sie ist die gemeinsame Geschichte von Jugendlichen und Eltern mit und ohne deutschen Pass, die sich für eine Bildung und Zukunft einsetzen. Die Integration findet im Alltag, in den Betrieben, an Schulen und in Stadtteilen statt – im Aufeinanderzugehen und im gemeinsamen Einstehen für politische und soziale Rechte.

Es ist Zeit für eine Politik, die das Zusammenleben fördert und nicht zur Spaltung der Gesellschaft führt. Daran orientiert sich die Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF). Sie möchte nicht das Trennende, sondern das Verbindende, das gemeinsam Erreichte stärker in den Vordergrund rücken. Unter dem Motto „50 Jahre: Gemeinsam sind wir stark" führen DIDF und ihre Mitgliedsvereine in diesem Jahr Veranstaltungen in über 30 Städten durch, die den Grundgedanken der Solidarität und Freundschaft verfolgen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen aber auch Literaturtage, Film- und Theaterfestivals, Konzerte u.v.m. Der 50. Jahrestag der Arbeitsmigration aus der Türkei bietet uns einen neuen Anlass, zurückzublicken auf das, was wir gemeinsam erreicht haben und nochmals zu bekräftigen, wofür wir weiterhin gemeinsam streiten wollen: Für gleiche Rechte, für Solidarität und Freundschaft.

DER VERFASSER IST PRESSESPRECHER DER FÖDERATION DEMOKRATISCHER ARBEITERVEREINE (DIDF) ■

Viel wurde erreicht

Von Max Fuchs

Der 50. Jahrestag des Anwerberabkommens ist in der Tat ein Grund zum Feiern. Bei aller Kritik an dem, was noch nicht so gut funktioniert im Hinblick auf das Zusammenleben, muss man doch feststellen: Es ist viel erreicht worden in diesen 50 Jahren.

Ich möchte zu 50 Jahren Migration aus der Türkei aus der Perspektive der Kultur oder besser der Kulturpolitik einige Überlegungen vortragen. Eine erste Feststellung: Es gibt ein Menschenrecht auf Kultur, genauer: auf kulturelle Teilhabe aller Menschen. Und dies ist nicht nur ein gut klingendes Völkerrecht, das in New York beschlossen worden ist und ansonsten wenig mit uns zu tun hat: Dies ist geltendes Recht in Deutschland. Es gilt für alle, d.h. insbesondere: Es gilt unabhängig vom Alter, vom Geldbeutel, vom Geschlecht, von der Hautfarbe oder der Herkunft. Dieses Menschenrecht wird im Prinzip auch umgesetzt in Deutschland. Ich will zwei Beispiele geben. In der Jugendpolitik heißt das zentrale Gesetz Kinder- und Jugendhilfegesetz. Dieses sprach bis 1990 von „deutschen Kindern und Jugendlichen", für die dieses Gesetz Gültigkeit hat. Seit dieser Zeit spricht es von „Kindern und Jugendlichen in Deutschland", d. h. es hat Gültigkeit für alle Kinder, die in Deutschland leben. Ein zweites Beispiel: Es gab über einige Jahre eine Enquête-Kommission im Deutschen Bundestag, die sich mit Kultur und Kulturpolitik befasst hat. In früheren Jahren wäre der Name dieser Kommission sicherlich gewesen „Deutsche Kultur". So hatte man diese Kommission jedoch nicht genannt. Sie hieß vielmehr „Kultur in Deutschland", sie bezog sich also auf kulturelle Angebote und kulturelle Tätigkeiten aller Menschen, die in Deutschland leben.

Es gibt viele wichtige politische Gremien, die einen ähnlichen Weg eingeschlagen haben und die sehr gute Positionspapiere zur Interkultur oder zur Integration verabschiedet haben. Ich erinnere hier nur etwa an den wichtigen Zusammenschluss deutscher Großstädte, den Deutschen Städtetag. Das ist auch gut so. Denn in der UNESCO gibt es einen Slogan: „Vielfalt ist Reichtum". Dieser Slogan wird fortgesetzt durch die Aufforderung: „Und diesen Reichtum sollten wir genießen". Immer mehr Menschen haben sich diesen Slogan auch zum Leitmotiv ihres Lebens gemacht.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle dies so sehen. So haben wir alle paar Jahre eine Debatte über eine deutsche Leitkultur, bei der es offenbar eine Sehnsucht danach gibt, sich abzuschotten gegenüber der Welt. Hier geht es um Bewahrung dessen, was man für „Deutsch" hält und möchte vor allen Dingen keine fremden Einflüsse in der deutschen Kultur zulassen. Das Problem besteht hierbei darin, dass Kultur so überhaupt nicht funktioniert: Kultur ist immer in Bewegung. Kultur lebt davon, dass es ständig neue Einflüsse gibt, die verarbeitet werden: Kultur funktioniert nur im Modus der Interkultur. Deshalb gibt es so viele Einflüsse der Migranten und ihrer Kulturen in Deutschland, sodass man überhaupt nicht mehr sagen kann, wo bestimmte kulturelle Artikulationen ursprünglich herkamen. Es gibt allerdings auch erhebliche Unterschiede zwischen den Migrantenkulturen in Deutschland und der kulturellen Entwicklung im ursprünglichen Herkunftsland.

Ich bin also überzeugt davon, dass es einen Fortschritt gibt, und ich kann sogar einen Maßstab für diesen Fortschritt angeben: Man kann inzwischen sehr gut über kulturelle Unterschiede und vor allen Dingen über die eigenen und anderen Vorurteile lachen. Dies ist etwa die große Bedeutung des Films „Almanya", der zwar mit großer Ernsthaftigkeit auf das Thema Zuwanderung und der Erarbeitung einer neuen Heimat eingeht, dies

→ Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

aber mit großer Heiterkeit tut. Lachen über sich selbst und über die eigenen Vorurteile ist die beste Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben.
Kern der Kultur sind die Künste. Man sagt oft, dass diese die Menschen verbinden. Das stimmt auch im Grundsatz, und man erlebt es selber, wenn man zusammen singt, tanzt und dabei zusammen isst und trinkt. Gleichzeitig sind die Künste aber auch sehr wichtig dafür, Unterschiede auszudrücken. Künste stehen für Differenzen und Vielfalt. Es gibt sogar eine eigenständige UNESCO-Konvention, die diese Vielfalt schützt und die formuliert: Vielfalt ist ein Menschenrecht. Es geht also gerade nicht darum, Einheitlichkeit zu erzwingen, sondern es geht vielmehr darum, in eine Situation zu kommen, wo man Genuss und Freude an der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen erleben kann. Zum Schluss komme ich auf meine eigene Organisation zu sprechen, den Deutschen Kulturrat, den Dachverband aller Kultur- und Künstlerorganisationen in Deutschland. Auch hier müssen wir feststellen, dass es noch einige Defizite im Kulturbereich gibt. Deshalb arbeiten wir seit einiger Zeit mit zahlreichen Migrantenorganisationen zusammen, um entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, aber ich kann bereits jetzt sagen, dass es Empfehlungen in zweierlei Richtungen gibt: Zum einen gibt es Empfehlungen an die Kultureinrichtungen, an die Theater, Museen, Opern- und Konzerthäuser, dass sie einiges tun müssen, um mit ihren Angeboten attraktiv zu werden für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Denn der Anteil dieser Menschen an den Besucherinnen und Besuchern ist sehr viel kleiner als deren Anteil an der Bevölkerung. Es werden allerdings auch Empfehlungen entwickelt, die sich an die Migrantenorganisationen und an deren zahlreiche kulturellen Angebote wenden. Auch hier geht es darum, sie zu einer Öffnung ihrer Angebote für die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft zu ermutigen. Das Ziel ist also Öffnung, ist Begegnung, ist Abbau von Hemmschwellen.
Schließen möchte ich mit einem türkischen Gedicht, das vor 40 Jahren bei der Protestbewegung in Deutschland, also bei der Friedensbewegung oder der Bewegung gegen Atomkraft und Atomwaffen eine wichtige Rolle gespielt hat. Ich bitte bereits im voraus um Entschuldigung dafür, was ich Ihrer Sprache antue, denn ich versuche das Gedicht auf türkisch vorzutragen. Es ist das Gedicht „Davêt“ von Nazim Hikmet, das seine schöne Vision für unser Zusammenleben formuliert:

Yasamak! Bir agaç gibi tek ve hür
ve bir orman gibi kardesçesine,
bu hasret bizim!
(Leben! Wie ein Baum, einzeln und frei
und brüderlich wie ein Wald,
diese Sehnsucht ist unser!)
(Übersetzt von Helga Dagyeli-Bohne und Yildirim Dagyeli. In: Hikmet, Nazim; Die Luft ist schwer wie Blei. Hava Kursun Gibi Agir. Gedichte. Übersetzt und herausgegeben von Dagyeli-Bohne und Yildirim Dagyeli. Berlin 2000)

DER VERFASSER IST PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Der Beitrag basiert auf dem Grußwort anlässlich der zentralen Festveranstaltung der DIDF „50 Jahre Migration aus der Türkei“ am 18.6.2011 in der Gruga Halle in Essen.

Türkische Migration heute

Von Kristin Bäßler

Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen, das am 31.10.1961 von der Bundesrepublik und der Türkei unterzeichnet wurde, war sowohl für die Türkei als auch für Deutschland eine große Chance. Für viele Türkinnen und Türken gab es den Anstoß, in Deutschland Arbeit zu finden. Für Deutschland war es eine Möglichkeit, den Arbeitskräftemangel durch die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland aufzufangen und so den deutschen Wohlfahrtsstaat langfristig zu sichern. So zogen 910.500 Türken bis zum Jahr 1973 nach Deutschland. Trotz des Anwerbestopps 1973 und dem „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ aus dem Jahr 1983 wurde Deutschland für viele der türkischen Einwanderer der ersten Generation zur zweiten Heimat. Für viele der zweiten und dritten Generation ist Deutschland zwar zur ersten Heimat geworden, heute zieht es aber immer mehr von ihnen zurück in die Türkei.

Beker, Neukölln 2009. Foto: Loredana Nemes

Seit der Ankunft der ersten türkischen Arbeitnehmer sind nun fast 50 Jahre vergangen. Heute liegt der Anteil der türkeistämmigen Bevölkerung an der deutschen Gesamtbevölkerung bei 3,1 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009, Tabelle 5I, ZfTI Berechnungen). Seitdem hat sich nicht nur Deutschland, sondern auch die Türkei verändert: die türkische Wirtschaft ist stark gewachsen, die Geburtenrate gesunken, der allgemeine Bildungsstand gestiegen. Längst ist die Türkei ein attraktives Einwanderungsland geworden, in das viele Deutsche türkischer Herkunft aus der zweiten und dritten Generation auswandern. Die Zuwanderung türkeistämmiger Personen nach Deutschland unterliegt aber immer noch vielen Vorurteilen. Wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) untersuchte, glauben immer noch 30 Prozent der Befragten, dass die Mehrzahl der heutigen Einwanderer aus der Türkei kommen. Richtig aber ist, dass die Zahl der türkischen Einwanderer seit Jahren abnimmt. Während im Jahr 2009 112.027 Personen aus Polen nach Deutschland zogen, kamen im Vergleich nur 27.212 Personen aus der Türkei.
Nachdem der Sachverständigenrat im vergangenen Jahr seinen ersten Bericht unter dem Titel „Einwanderungsland 2010“ veröffentlichte, liegt nun das zweite Jahresgutachten zum Thema „Migrationsland 2011“ vor. Neben Daten zur deutschen Migrationspolitik werden unter anderem Migrationsdaten aus dem europäischen Raum sowie zur türkischen Migration erhoben und ausgewertet. Erstmals wurde darüber hinaus ein Migrationsbarometer durchgeführt, in dem die Einstellungen und Bewertungen von über 2.450 Befragten zu den Themen Migration und Migrationspolitik ausgewertet wurden.

Zuzug von Türken nach Deutschland

Wie der 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland aus dem Jahr 2010 belegt, bleiben türkische Zuwanderer im Schnitt 24,7 Jahre in Deutschland.
Wie aber sieht genau die Zuzugssituation von Türken nach Deutschland aus und welche Gründe sind für sie heute ausschlaggebend, 50 Jahre nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen nach Deutschland zu ziehen? Zugezogen nach Deutschland sind im Jahr 2009 27.212 türkische Staatsangehörige. Ihre Gründe sind ebenso vielfältig wie die der insgesamt 197.873 aus Drittstaaten Zugezogenen. Die häufigsten Gründe sind ein Studium, der Umzug zur Familie oder der Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses in Deutschland. Im Jahr 2009 betrug die Zahl der nach Deutschland zugezogenen Fachkräfte aus der Türkei 849. (Quelle: Parusel/ Schneider 2010: 111).

Familiennachzug

Die Muster des Familiennachzugs aus der Türkei nach Deutschland sind wiederum vielseitig. So betrug beispielsweise die Zahl der türkischen Ehefrauen, die zu ihren in Deutschland lebenden ausländischen Ehemännern zogen, 28,4 Prozent; türkische Ehemänner, die zu ihren ausländischen Ehefrauen zogen 11,6 Prozent; türkische Ehefrauen, die zu ihren deutschen Männern zogen 16,0 Prozent. Der Anteil türkischer Ehemänner, die zu ihren deutschen Frauen auswanderten, betrug 27,9 Prozent und der Prozentsatz türkischstämmiger Kinder unter 18 Jahren, die nach Deutschland zogen, betrug im Jahr 2009 16,1 Prozent. (Quelle: BAMF 2011b;153).
Dennoch kann seit 2002 ein deutlicher Rückgang des Familiennachzugs aus der Türkei beobachtet werden. Reisten im Jahr 2002 noch 25.068 Familienangehörige aus der Türkei nach Deutschland, so waren es 2009 nur noch 8.048 Personen. (Quelle: Integrationsbeauftragte 2003; Zuwanderungsrat 2004; BAMF 2006; BAMF 2007; BAMF 2008b; BAMF 2010f; BAMF 2011b). Aus Deutschland fortgezogen in die Türkei sind im Jahr 2009 insgesamt 35.410 Personen. Das entspricht einem Saldo von -8.198 Personen (Quelle: Destatis 2011b). Zwar ist die Türkei für viele deutsche Auswanderer nicht die erste Wahl, aber immerhin über 30 Prozent der in der Türkei lebenden 25- bis 50-jährigen Ausländer kommen aus Deutschland.

Auswanderungsland Deutschland

De facto ist Deutschland seit einigen Jahren kein Einwanderungs-, sondern ein Auswanderungsland. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration erklärt dazu, dass die Türkei „auch Rück- oder Auswanderern aus Deutschland in zunehmendem Maße eine Perspektive“ bietet. Und weiter heißt es: „Auch wenn in den Wanderungsstatistiken nicht nach Qualifikation unterschieden wird (vgl. Aydin 2010), spricht einiges dafür, dass ein nennenswerter Teil der aus- und rückwandernden Deutschen türkischer Herkunft gut qualifiziert ist“.
Neudeutsch nennt man so etwas „Braindrain“. 50 Jahre nach den Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko und dem damaligen Jugoslawien sieht sich Deutschland in der Situation, seinen Fachkräftemangel erneut auszugleichen. Die Bundesregierung versucht darauf zu reagieren, indem derzeit beispielsweise ein sogenanntes „Anerkennungsgesetz“ auf den Weg gebracht wird, durch das die beruflichen Qualifikationen und Abschlüsse für Ausländer schneller anerkennt werden.
Der Sachverständigenrat allerdings fordert mehr. Er kommt zu dem Schluss, dass Deutschland seine Migrationspolitik grundsätzlich neu ausrichten müsse: „Die Vorstellung, Deutschland müsse sich vor Zuwanderung in größerem Umfang schützen, ist nicht nur empirisch falsch, sondern gerade zu kontraproduktiv im Blick auf ein angestrebtes wirtschaftliches Wachstum und eine sozialverträgliche und langfristige Umgestaltung des Wohlfahrtsstaats.“

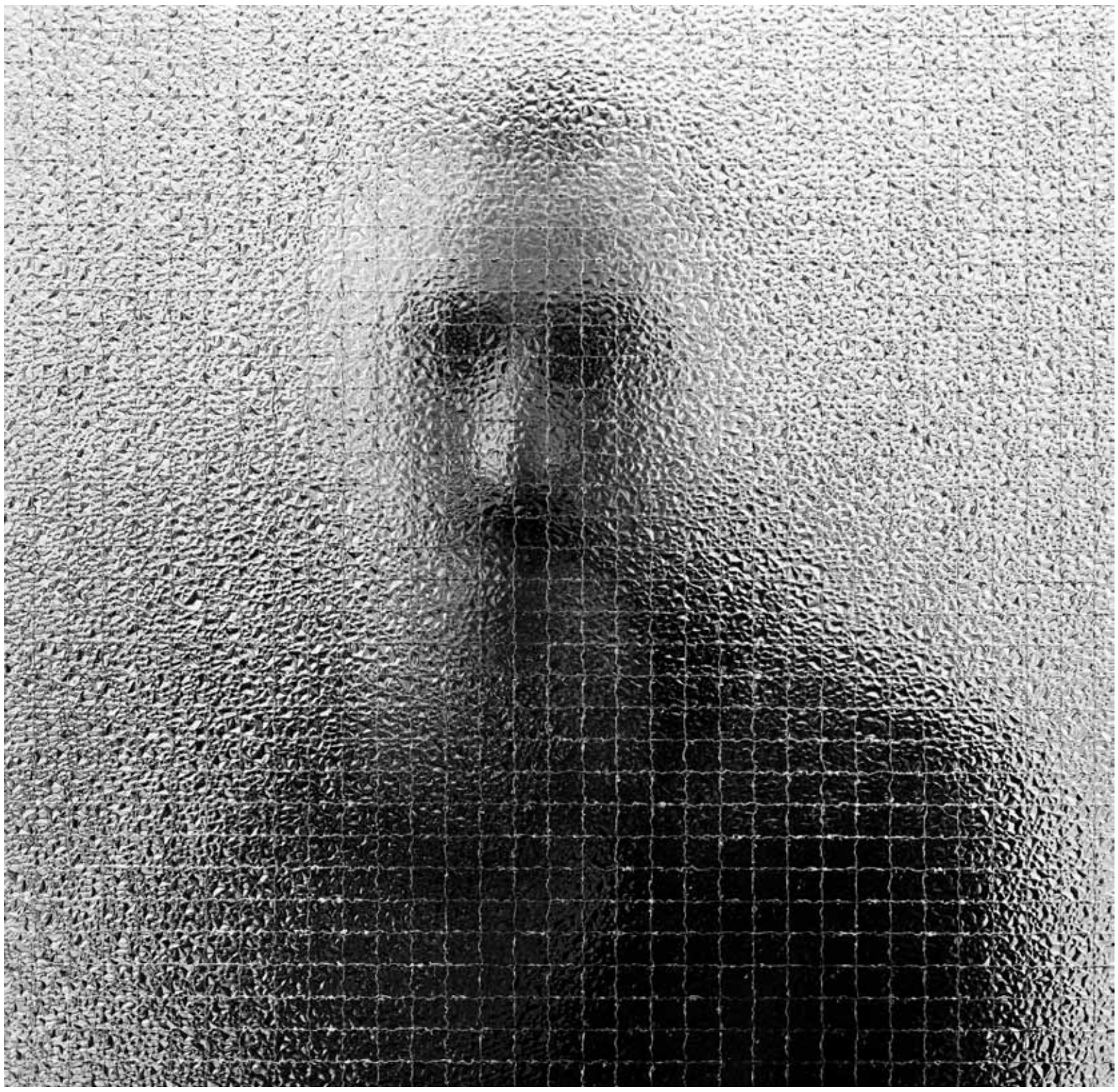
DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR): Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer, Berlin 2011. Abzurufen unter: http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/04/jg_2011.pdf

Neue Deutsche Medienmacher

Von Marjan Parvand

Ein Café in Kreuzberg, das Büro einer freien Kollegin im Wedding, der Konferenzraum der Initiative gegen Antisemitismus und das Bildungswerk beides in Kreuzberg, die Büroräume der türkischen Unternehmer und Handwerker in Neukölln – die Geschichte der Neuen Deutschen Medienmacher ist eng verwoben mit Berlin und seinen von der Mehrheitsgesellschaft sogenannten Problembezirken.



Ünal, Neukölln 2009. Foto: Loredana Nemes

Wollte man also einen Gründungsmythos etablieren, müsste man von einer handvoll Journalisten mit Migrationshintergrund schreiben, die sich regelmäßig in Kreuzberg, Wedding und Neukölln trafen und nach und nach merkten, dass sich nur dann etwas an ihrer Situation in den Redaktionen sowie an der Berichterstattung über Migranten ändern wird, wenn sie sich selbst zu Wort melden. Wollte man den Mythos ein wenig lüften, müsste man schreiben: Kemal, Özlem, Mina, Mely, Rana, Aziz, Eva, Maricel, Bernd, Ali, Madjid, Sineb, Aycan und Marjan haben sich getroffen, gut gegessen, leckeren Wein getrunken und viel geredet. Denn auch wenn wir heute zum Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt eingeladen werden, als Experten auf Podien zum Thema Migration und Integration sitzen, oder diese selbst veranstalten, geplant war das nicht, zumindest nicht am Anfang!

Lachen und lästern

In wechselnder Besetzung traf sich also die bunte Truppe in den herrlich vielfältigen Bezirken Berlins, redete, lachte, wunderte und beklagte sich über biodeutsche Kollegen und freute sich gleichzeitig endlich, andere gefunden zu haben, denen es in Redaktionen genauso erging wie einem selbst. Ausnahmslos alle freien Kollegen kannten beispielsweise die Erfahrung der „Migrant vom Dienst“ zu sein. „Es geht um Türken, ruf‘ doch ‘mal den Fareed an!“ Dass Fareed ein studierter Politologe ist und seine Magisterarbeit über die Geschichte der konservativen Parteien in Deutschland geschrieben hatte, interessierte die biodeutschen Redakteure nicht. Die Festangestellten unter uns erzählten wiederum davon, welche Kämpfe sie in Konferenzen kämpfen mussten, wenn es um die Bildauswahl für Fernsehbeiträge über Migration bzw. Integration ging. „Es müssen mehr Bilder von Kopftuch-Frauen in den Beitrag. Der Zuschauer braucht das, sonst weiß er nicht, dass wir über Migranten reden“, poltert der Blondschopf vom Dienst und zuckt nicht einmal mit der Wimper, obwohl sein Gegenüber eine Deutsch-Libanesin ohne Kopftuch ist! Als wir uns diese und ähnliche Geschichten erzählten, war es nicht nur befreiend, sondern auch ernüchternd. Wollen wir dass es dabei bleibt? Wollen wir weiterhin, dass jeder als Einzelkämpfer gegen diese Vorurteile kämpft? Die klare Verneinung beider Fragen und die allmähliche Einsicht, dass es nichts nützt, tatenlos zuzusehen, ermutigten uns zum Handeln. Es kristallisierte sich eine Erkenntnis heraus, woran wir als „Neue Deutsche Medienmacher“ nach wie vor fest glauben. Es bringt nichts zu schweigen und die Dinge hinzunehmen. Veränderungen gibt es nur dann, wenn wir das Einzelkämpfertum aufgeben und gemeinsam gegen die gängigen Vorurteile, Ressentiments und auch den Rassismus in den Redaktionen vorgehen.

Bloß kein Verein!

Doch auch wenn wir wussten, dass wir gemeinsam handeln mussten, waren die Vorbehalte, einen Verein zu gründen unter den Mitkämpfern der ersten Stunden sehr groß. Auf den bürokratischen Aufwand hatte keiner von uns Lust. Wir hatten auch alle keine Zeit dafür. Schließlich standen wir alle voll im Berufsleben. Sitzungsprotokolle, Geschäftsberichte, Antrag auf Gemeinnützigkeit, Jahresabrechnungen und nach den Vereinsstatuten ordentlich einberufene Mitgliederversammlungen klangen in unseren Ohren wie Horrorszenarien. Außerdem war das alles so „deutsch“! Wir waren doch keine Vereinsmeier, sondern eine Truppe von Journalisten, die sich einmischen und wegen ihrer Vielfalt und ihres multikulturellen Wissens ein Plus für die Redaktionen der Republik sein wollte. Anstelle eines Vereins entstand also zunächst die Idee, einen losen Verbund von Journalisten mit Migrationshintergrund zu gründen, eine Art Netzwerk. Aber auch ein Netzwerk muss seine Ziele und Ideen benennen, sonst ist es schwer, andere für sich zu begeistern. Aber welche Ziele hatten wir genau? Wie wollten wir andere Kollegen von unseren Ideen überzeugen, wenn wir diese noch gar nicht formuliert hatten? Anekdoten und ähnliche Erfahrungen sind unterhaltsam und können Menschen miteinander verbinden, sie reichen aber nicht aus, um andere für die Sache zu gewinnen. Was wir brauchten waren politische Ziele, klar formuliert.

Ein Sommertag im Wedding

An einem heißen Sommertag im Juli 2008 traf sich der sogenannte harte Kern im Büro einer freien Kollegin in Berlin-Wedding. Wir hatten uns einen eintägigen Workshop verordnet und am Ende des Tages waren folgende Fragen beantwortet: Wer sind wir? Ein bundesweiter Zusammenschluss von Journalisten mit Migrationshintergrund. Was meinen wir? Jeder fünfte Einwohner in Deutschland hat einen sogenannten Migrationshintergrund, aber nur jeder fünfzigste ist Journalist. In den Redaktionen der Republik fehlen oftmals die Perspektiven von Migranten und hinreichende Kompetenz für die Darstellung gesellschaftlicher Vielfalt. Was wollen wir? Wir wollen mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund nicht nur vor der Kamera und hinter dem Mikrophon, sondern auch in den Planungsstäben, Führungsetagen und Aufsichtsgremien. Wir wollen mehr interkulturelle Kompetenz und Sensibilität in der journalistischen Arbeit und Berichterstattung und in der Aus- und Fortbildung der Medienberufe. Und wir wollen uns einmischen: für eine sensible und faire Berichterstattung über Integration und Migration; uns wehren gegen diskriminierende und stereotype Berichterstattung. Was tun wir? Wir sind Ansprechpartner für interkulturellen Journalismus. Wir treten gezielt diskriminierender Berichterstattung entgegen. Wir bieten ein Forum für Information und Austausch und last but not least: wir fördern den journalistischen Nachwuchs mit Migrationshintergrund. Als die Antworten auf diese Fragen an diesem Sommertag im Juli 2008 formuliert und aufgeschrieben waren, veränderte sich einiges. Wir hatten uns ein politisches Profil verpasst, nun ging es darum, dieses Profil auch nach Außen zu repräsentieren und dafür zu werben. Ein guter Freund erklärte sich bereit, uns einen neuen Internetauftritt zu verpassen – unentgeltlich. Die Tochter eines Mitstreiters entwarf als Grafikerin ein Logo für uns – umsonst. Parallel dazu gab es immer mehr Kollegen, die sich für die „Neuen Deutschen Medienmacher“ interessierten und im Netzwerk mitarbeiten wollten. Besonders geholfen hat uns dabei wohl auch unser Name. Werbefachleute haben uns inzwischen bescheinigt, dass der Name ein kleiner Geniestreich sei, weil wir mit ihm eine klare umrissene Marke geschaffen und etabliert hätten. Fest steht jedenfalls, dass wir uns bei der Namenssuche sehr bewusst gegen Begriffe wie Migrant, Integration, Einwanderer oder Multikulti entschieden. Der Name sollte vielmehr verdeutlichen, dass wir Teil der deutschen Gesellschaft sind. An dieser Stelle möchte ich als Vorstandsvorsitzende auch entschieden dem Vorwurf entgegentreten, dass wir mit dem Namen eine Überidentifikation mit dem „Deutschsein“ oder „Deutschland“ an den Tag gelegt hätten. Die zündende Idee, sich „Neue Deutsche Medienmacher“ zu nennen, hing in erster Linie mit der deutschen Musikgeschichte zusammen. So wie die „Neue Deutsche Welle“ das miefige Volkslied und den peinlichen Schlager verdrängte und deutsche Texte auch für die jüngere Generation hörbar machte, wollten und wollen wir mit den „Neuen Deutschen Mediemachern“ eine Welle der Veränderung auslösen.

Die Vereinsgründung oder ohne Moos nix los

Ohne Moos nix los. Diese Erkenntnis hat uns nicht gefallen, aber irgendwann mussten die Aktiven innerhalb des Netzwerkes einsehen, dass wir nur dann die vielen Ideen und das Engagement unserer Mitglieder in Taten umsetzen können, wenn wir Geld zur Verfügung haben. Bereits nach unserer ersten Pressekonferenz und der anschließenden Podiumsdiskussion im November 2008 merkten einige Mitglieder an, dass wir als Netzwerk relativ wenig erreichen könnten. Wie sollten wir in Zukunft Podiumsdiskussionen veranstalten, wenn kein Geld für die Bezahlung der Räume da war? Auch für Anträge an Stiftungen zwecks finanzieller Unterstützung war eine Rechtsform notwendig. Ähnlich verhielt es sich bei der Frage der Förderung des journalistischen Nachwuchses. Wir hatten als Netzwerk wenig Chancen, mit Bildungsträgern und Redaktionen in Kontakt zu treten. Schließlich waren es diese Einsichten, die uns dazu bewogen im März 2009 beim Amtsgericht Charlottenburg den Antrag für eine Vereinsgründung zu stellen. Seitdem ergänzen die beiden bürokratischsten Buchstaben der Welt unseren Namen: „Neue Deutsche Medienmacher e.V.“.

Doch trotz aller Bürokratie und der zusätzlichen Arbeit, die die Vereinsgründung für die Mitglieder des Vorstandes mit sich gebracht hat, sind wir froh, diesen Weg gegangen zu sein. Denn die Reaktionen der Mitglieder und unserer bisherigen Kooperationspartner haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Mittlerweile sind über 80 Personen dem Verein beigetreten und rund 330 sind im Netzwerk registriert. Es gibt viel Enthusiasmus und Einsatz in den Reihen der Mitglieder. Viele Stiftungen wollen mit uns kooperieren und fragen nach unserem Rat, wenn es um Integrationsprojekte geht. Mit regelmäßigen Podiumsdiskussionen, Workshops und Mentorenprogrammen tragen wir zu einem sehr viel sensibleren Umgang mit dem Thema Integration bei und gestalten so die deutsche Medienlandschaft aktiv mit.

DIE VERFASSERIN IST JOURNALISTIN UND 1. VORSITZENDE DES VEREINS NEUE DEUTSCHE MEDIENMACHER E.V. ■

Prozesse der Veränderung journalistisch begleiten

Von medialer Segregation zu interkultureller und medialer Integration / Von Ercan Karakoyun

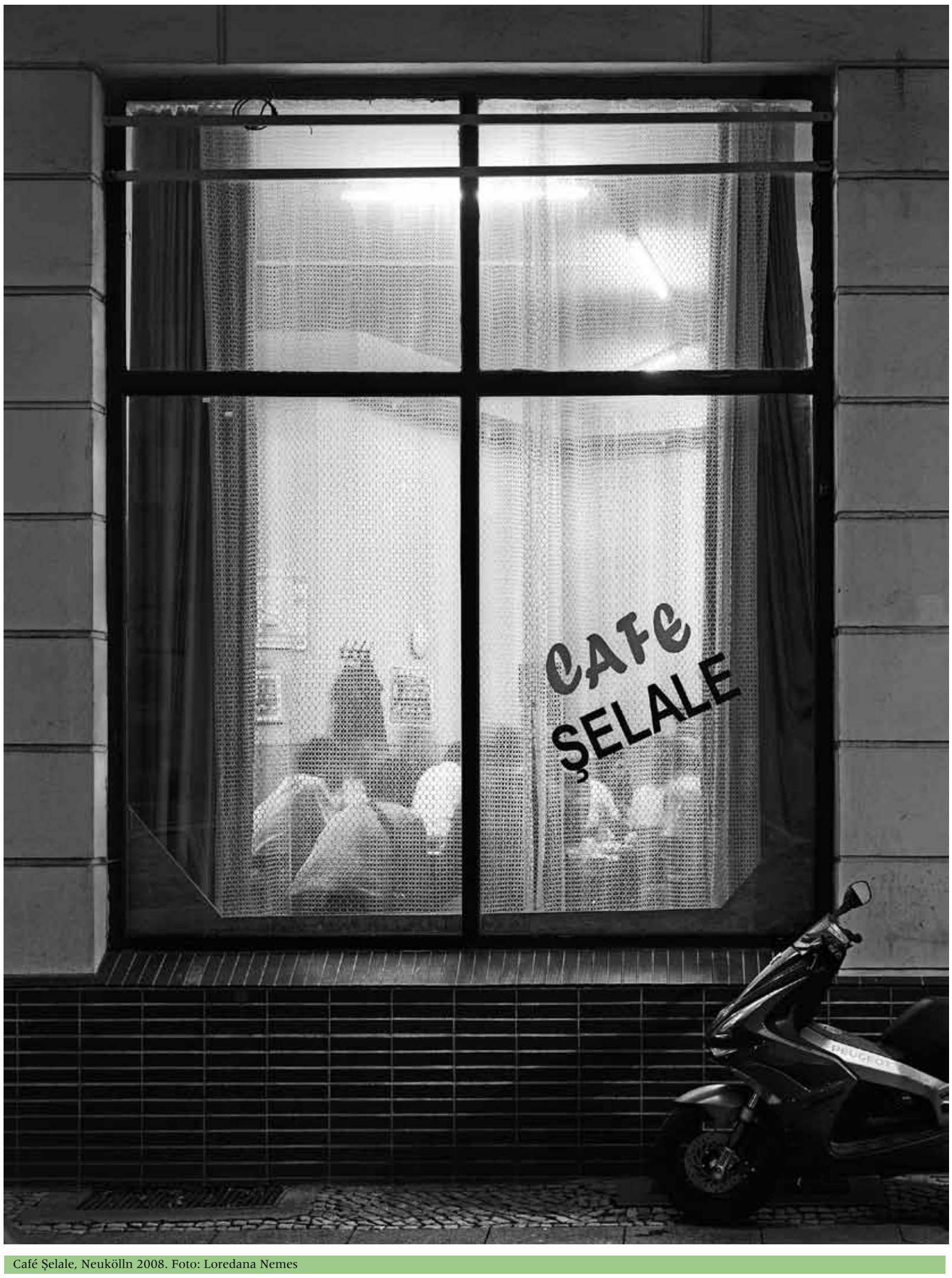
Vor 50 Jahren unterzeichneten die Türkei und Deutschland das Anwerbeabkommen. Die Initiative ging von der Türkei aus. Sie hatte dabei im Wesentlichen zwei Interessen: Zum einen erhoffte man sich durch die Rückkehr der in Deutschland mit moderneren Produktionstechniken vertraut gewordenen Arbeitskräfte einen Know-How-Transfer. Zum anderen sollten durch die monetären Überweisungen der Gastarbeiter in die Türkei das Handelsbilanzdefizit der Türkei im Handel mit Deutschland durch Überschüsse in der Übertragungsbilanz kompensiert werden, um die türkische Leistungsbilanz Deutschland gegenüber auszugleichen. Seit einem halben Jahrhundert also leben die damals sogenannten Gastarbeiter nun in Deutschland.

Entwicklungen im Bereich des materiellen Wohlstands können statistisch nachgewiesen werden. Aber auch in anderen Bereichen kann beobachtet werden, dass die Migranten sich strukturell immer besser integrieren. Vielfach beobachten wir, dass aus Gastarbeiterkindern erfolgreiche IT-Experten, Journalisten, Politiker, Ingenieure und Unternehmer geworden sind.
Vor diesem Hintergrund spielen deutsche, türkische und auch deutsch-türkische Medien eine immer bedeutendere Rolle. Medien stellen nicht nur den sozialen Wandel dar, sondern beeinflussen gesellschaftliche Realitäten fundamental, aus denen eine gemeinsame Basis für soziales Handeln entstehen kann. Die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik Deutschland und ihre daraus resultierenden Konsequenzen für die Gesellschaft ist nach wie vor ein äußerst kontrovers diskutiertes Thema. Dabei folgen die Diskussionen zum Teil nicht den Regeln der Sachebene und rationaler Argumentation, sondern bedienen auch populistische Motive. Es werden Bedrohungsszenarien entworfen, die einer empirischen Überprüfung meist nicht Stand halten. Innerhalb der öffentlichen Debatte über Risiken, Chancen und Aufgaben der Einwanderung sind statt wechselseitiger Akzeptanz und dialogischen Strukturen zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantengruppen mitunter auch deutliche Signale von latenter oder offener Xenophobie zu finden.
In diesem Diskurs stellen die Medien einen eigenen, in seiner Wirkung nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Betrachtet man die inhaltliche Berichterstattung deutscher Presseorgane zum Thema Integration fällt die Bilanz eher negativ aus. In Beiträgen über Menschen nicht-deutscher Herkunft wird nicht nur in den Boulevardblättern diskriminiert, sondern nicht selten auch in den sogenannten Qualitätsmedien. Eine Grundlage für den Integrationsprozess in Deutschland bildet das Erlernen der Sprache der Mehrheitsgesellschaft, die auch durch entsprechende Medienrezeption vermittelt werden kann. Der Grad der Integration dürfte dementsprechend davon abhängen, dass auch durch die Art und Weise des Medienkonsums durch Deutsch-Türken in Deutschland ihre Willigkeit und ihre Fähigkeit zu Integrationsleistungen beeinflusst werden. Hier ist von Bedeutung, welche medienspezifischen Arrangements die Orientierung und Integration von Einwanderern begünstigen bzw. behindern. Für die Mitglieder einer Gesellschaft stellen Medien einen wichtigen Zugang dar, um den Wandel zu einer durch verschiedene Migrationshintergründe geprägten multi-kulturellen Gesellschaft zu begreifen und dabei neue Formen der Identitätsbildung und Integration zu eröffnen.

Deutsch Türkische Nachrichten

Die Deutsch Türkischen Nachrichten (www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de) sind ein Internet-Portal für Türkei interessierte Deutsche, Türken und Deutsch-Türken. Sie positionieren sich in einer relevanten Zielgruppe. Es kann davon ausgegangen werden, dass ca. 4 Millionen Türken in Deutschland leben. Wenn man Familien, gemischte Ehen und andere Gruppen mit Migrationshintergrund hinzuzählt, kann man von einer Gruppe von ca. 6 Millionen ausgehen. Diese Gruppe von Deutsch-Türken in Deutschland ist in den Mehrheitsmedien nur sporadisch vertreten und wird dort oft sehr eindimensional thematisiert. Türken in Deutschland informieren sich hingegen oft nur in sogenannten Ethno-Medien, die am Herkunftsland orientiert sind und ausschließlich in türkischer Sprache erscheinen. Nicht selten sind diese Medien ideologisch geprägt. Die Deutsch Türkischen Nachrichten sind Ende 2010 gestartet und können nach kürzester Zeit auf eine bemerkenswerte Entwicklung verweisen: Im April 2011 verzeichnete die Seite über 300.000 Klicks. Einzelne Artikel wurden über 1.000 Mal auf Facebook verbreitet, nicht selten gibt es Beiträge mit mehr als hundert Kommentaren. Auch im Hinblick auf die journalistische Reputation sind die Deutsch Türkischen Nachrichten eine Erfolgsgeschichte: Von der Bild-Zeitung über Spiegel Online bis zur New York Times wurden die exklusiven Geschichten zitiert. Die Deutsch Türkischen Nachrichten bauen auf einer sehr modernen Aggregationstechnologie auf. Inhalte aus türkischen Zeitungen und deutschen Publikationen, aber auch relevante Inhalte aus Zeitungen, Blogs sowie sozialen Medien werden auf das Wesentliche verdichtet. Darüber hinaus werden die Informationen von Journalisten in knapper und ansprechender Form auf Deutsch und Türkisch dargestellt. Zahlreiche Interviews, eigene Beiträge, Gastkommentare und Recherchen ermöglichen die Produktion von echtem Exklusiv-Material. Das Ergebnis ist ein Webportal – die Deutsch Türkischen Nachrichten – mit tagesaktueller, unabhängiger und neutraler Berichterstattung über türkische Strömungen und Nachrichten aus der Türkei in Deutschland sowie wöchentlichen Zusammenfassungen der entscheidenden Themen. Die Zielgruppe umfasst alle „Entscheider", die mit türkischen Themen in Berührung kommen. Das Spektrum reicht von türkischen Interessensverbänden und Unternehmern, die tagesaktuelle Nachrichten als Entscheidungsgrundlage benötigen, bis hin zu deutschen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Kirche oder Kultur, die es als wichtig erachten, die türkische Kultur, die Menschen und deren Bedürfnisse besser zu verstehen.
Die türkischen Medien in Deutschland (Zaman, Hürryiet, Millyiet u.a.) erscheinen ausschließlich in türkischer Sprache. Insbesondere gut ausgebildete, in Deutschland geborene Türken sind an einer deutschsprachigen Berichterstattung über ihre ethnische Gruppe interessiert. Für „User Generated Content" mit redaktioneller Betreuung gibt es in Deutschland bisher keine Plattform. Behörden, Unternehmen, Verbände, Experten, Institute, Wissenschaftler oder einfach Privatpersonen als Blogger stellen neue Informationen und Meinungen als Individualisten ins Netz. Die große Menge an oft hochwertigen Informationen findet der durchschnittliche Medienkonsument – egal ob Türke oder Deutscher – nur über Suchaktionen oder per Zufall.
Auf der Website www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de beabsichtigen wir, den Prozess der Veränderung journalistisch zu begleiten. Neutral, aber neugierig. Unabhängig, aber engagiert. Objektiv, aber offen für viele unterschiedliche Positionen. Das Ziel ist eine tagesaktuelle, unabhängige und neutrale Berichterstattung über türkische Strömungen und Nachrichten aus der Türkei in Deutschland – für Türken und Nicht-Türken – und damit der Weg von medialer Segregation zu interkultureller und medialer Integration. Wenn Menschen voneinander wissen, verstehen sie sich besser. Die Deutsch Türkischen Nachrichten wollen dazu einen Beitrag leisten.

DER VERFASSER IST HERAUSGEBER DER DEUTSCH TÜRKISCHEN NACHRICHTEN SOWIE VORSITZENDER DES FORUMS FÜR INTERKULTURELLEN DIALOG E.V. ■



Café Şelale, Neukölln 2008. Foto: Loredana Nemes

Nachhaltigkeit für das Stadttheater

Von Malte Jelden

Pünktlich zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei werden die Münchner Kammerspiele im November 2011 die Produktionen „Gleis 11“ und „München – Diyarbakir“ zeigen. Das Stück „Gleis 11“ setzt den historischen Empfang der Gastarbeiter in den sechziger und siebziger Jahren im Bunker unter dem Münchner Hauptbahnhof in Szene. Die Zuschauer werden auf dem Bahnsteig mit Koffern und Taschen bepackt und dann mit dem Megaphon unter die Erde geleitet. Dort, in den stickigen Hallen des ehemaligen Luftschutzbunkers, treffen sie auf Zeitzeugen der ersten Gastarbeitergeneration. Sie begegnen Frauen und Männern aus Italien, Griechenland, der Türkei und Tunesien, aber auch ehemaligen Reinigungskräften und Beamten des Arbeitsamtes, die damals die Ankommenden nach ganz Deutschland weiter verschickten.

Elif Café, Neukölln 2010. Foto: Loredana Nemes

Zwei Dinge sind besonders eindrücklich: Die Kälte und Unwirtlichkeit dieses Ortes, an dem die Bundesrepublik Menschen empfing, die doch gebeten worden waren zu kommen. Und gleichzeitig die Wärme und Herzlichkeit, mit der diese Menschen auch heute noch über Deutschland reden. In einem anderen Stück, „München – Diyarbakir“, wird wiederum beleuchtet, was zwei Generationen später aus diesen ersten Begegnungen geworden ist. Wir suchen eine Familie, die sowohl in München, als auch in der Kurdenhauptstadt Diyarbakır lebt und fragen danach, wie sich Identitäten, Selbst- und Fremdbilder durch Trennung und Migration verändert haben. Türkische und deutsche Schauspieler werden versuchen, eine gemeinsame Theatersprache zu entwickeln bzw. Unterschiede auszuhalten.

Bereits seit einigen Jahren befassen sich die Münchner Kammerspiele mit den Geschichten, Biografien und Träumen von Zuwanderinnen und Zuwanderern nach Deutschland. Neben dem Projekt „Munich Central“, einer mehrwöchigen Intervention im arabisch-türkisch geprägten südlichen Münchner Bahnhofsviertel wurde in einer ganzen Reihe von Projekten versucht, sich den Wirklichkeiten unserer Einwanderungsgesellschaft zu stellen. Es begann mit dem Stadtprojekt „Bunnyhill“ im Münchner Hasenbergl und dem Stück „Ein Junge der nicht Mehmet heißt“. Es folgten das Festival „Doing Identity – Bastard“ München, die „Hauptschule der Freiheit“ und eben „Munich Central“. Im Mai 2011 wiederum trafen sich beim Format „Meet the Neighbours“ fast täglich unser Publikum und eine Gruppe von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der ehemaligen Bayern-Kaserne in München-Freimann, die den Kammerspielen als Außenspielstätte und der Regierung von Oberbayern als Flüchtlingsunterkunft dient.

Interkulturelle Öffnung der Theaterlandschaft

Bei all diesen Projekten der Münchner Kammerspiele stellt sich die Frage, ob sich die deutsche Theaterlandschaft durch den Zuzug der damaligen „Gastarbeiter“ wirklich verändert hat. Ich muss leider sagen: Nein! Oder: Noch nicht. Während des Festivals „Doing Identity“ im März 2008 hatten wir beispielsweise den Publizisten Mark Terkessidis eingeladen, der uns, also dem deutschen Stadttheater, fundamentale Versäumnisse im Umgang mit den veränderten gesellschaftlichen Strukturen vorwarf. Terkessidis forderte uns auf, den Zugang zu unseren Räumen – unseren heiligen Hallen – zu erleichtern, indem wir zum Beispiel auch Popkonzerte veranstalten, wo sonst Shakespeare gespielt wird, und uns in unserem Spielplan den Themen und Problemen der Zuwanderung zu stellen. Aber diese Öffnungsversuche hatten die Münchner Kammerspiele damals bereits seit einigen Jahren unternommen und unternehmen sie heute noch. In unserem Schauspielhaus wurden und werden immer wieder alle Stühle ausgebaut, um Konzerte zu veranstalten, Poetry Slams, Mammut-Lesungen oder Kongresse. Wir haben dort Orhan Pamuks „Schnee“ erstaufgeführt, genauso wie Mathieu Kassowitz' „Hass“ oder Björn Bickers „Illegal“. Und trotzdem hat sowohl bei den Akteuren dieses Theaters (Schauspieler, Regisseure, Dramaturgen, usw.), als auch bei seinem Publikum ein wirklicher Wandel noch nicht einmal begonnen: Der Anteil von Migrantinnen und Migranten auf beiden Seiten des Vorhangs ist nach wie vor verschwindend gering. Und das liegt daran, dass Terkessidis mit seiner grundsätzlichen Kritik und seiner grundlegenden Forderung nach einem „Intercultural Mainstreaming“ völlig richtig liegt. Denn dabei geht es gerade nicht um punktuelle Irritationen des Hauptprogramms durch gelegentliche Ausflüge in die Popkultur oder eine Multikulti-Inszenierung pro Spielzeit, sondern darum, dass eine Institution wie das Stadttheater ihr gesamtes künstlerisches, personelles und strukturelles Handeln unter der Maßgabe einer interkulturellen Gleichstellung versieht.

Das klingt wie eine nicht erfüllbare Forderung, aber ich habe in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, dass wir nur mit einem radikalen Ansatz wirkliche Veränderungen erreichen können. Denn wenn ich ehrlich bin, kann ich nicht erkennen, welche Fortschritte unsere Gesellschaft und unser Theater gemacht haben, seit ich als Kind in den siebziger Jahren der LP „Ein Fest bei Papadakis“ vom Grips-Theater lauschte. Wir müssen uns immer noch bewusst gegenseitig einladen, miteinander zu leben, wobei die Bringschuld in dieser Sache eindeutig bei Familie Müller liegt und nicht bei den Papadakis. Teilhabe heißt das Zauberwort, in der Bildung genauso wie in Politik und Kunst. Und die Schlüssel zu all den Institutionen, die hierfür relevant sind und zu denen eben auch die Theater gehören, halten immer noch Herr und Frau Müller in Händen.

Das deutsche Stadttheater könnte bei diesen Türöffnungen und Schlüsselübergaben erhobenen Hauptes vorangehen. Schließlich verfügt es dafür über unzählige Möglichkeiten: Es ist eine öffentliche Versammlungsstätte, Ort des künstlerischen, sozialen und politischen Diskurses, es vereint die unterschiedlichsten Berufsgruppen unter einem Dach, es untersucht immer wieder neue ästhetische Verfahren, probiert sich aus im Spannungsfeld zwischen Hochkultur und Trash und arbeitet zunehmend interdisziplinär in der Verbindung mit Musik und bildender Kunst. Aber viele Theater scheinen Angst zu haben vor einer interkulturellen Begegnung. Wahrscheinlich, weil eine echte Begegnung, also ein künstlerisches und soziales Miteinander auf Augenhöhe, natürlich ergebnisoffen sein muss. Und das würde bedeuten, dass eine Kunst entsteht, die wir noch nicht kennen, ein „Bastard“, der sich genauso schief zusammengesetzt anfühlt, wie heute das Leben in jeder deutschen Großstadt.

Wir haben an den Kammerspielen in den letzten Jahren mit einigen Projekten eine solch positiv besetzte sogenannte „Bastardisierung“ erreicht. Aber auch wir haben uns bisher immer wieder aus unseren selbstgebastelten Nischen zurückgezogen. Haben uns besonnen auf das „Kerngeschäft“ und das „Kernpublikum“, haben die Ausnahme nie zur Regel gemacht und müssen uns deswegen manchmal auch zu Recht Exotismus vorwerfen lassen und uns selbst fragen, ob wir die Ausflüge in die „echte“ Welt nur unternehmen, um unser Dasein in der Kunstwelt zu rechtfertigen. Immerhin machen wir uns inzwischen Gedanken über die Nachhaltigkeit unserer Stadtprojekte. Wir bemühen uns, dass die Menschen, mit denen wir außerhalb des Theaters arbeiten oder die wir temporär zu uns ins Theater einladen, einen weiterführenden Nutzen aus diesen Projekten ziehen können. Wir haben Partnerschaften mit Schulen geschlossen, Räume und Strukturen etabliert, die auch nach unserem Weggang weiter genutzt und weiter gedacht wurden.

Auch wenn mit Projekten wie „München – Diyarbakir“ oder „Gleis 11“ der Versuch unternommen wird, das Theater auch von innen her zu verändern, machen wir uns doch viel zu wenig Gedanken darüber, wie wir eine wirkliche Nachhaltigkeit für das Theater erreichen können. Wie wir es schaffen, dass Migrantinnen und Migranten das Theater kennenlernen und sich stärker dafür interessieren, dass sie anfangen die Schauspielschulen zu bevölkern, so wie schon längst alle Casting-Shows, danach die Ensembles entern, und wir endlich in die Lage kommen, auf den Bühnen mit einem adäquaten Spiegelbild unserer Gesellschaft spielen zu können. Das Theater muss sich verändern, will es nicht vergreisen und erstarren. Es muss sowohl den Kreis seiner Akteure als auch sein Publikum erweitern. Und nur, wenn wir die Begegnungen mit diesen zukünftigen Theatermenschen heute schon in den Vordergrund unserer Arbeit stellen, können wir diese Veränderungen nachhaltig ermöglichen.

DER VERFASSER IST DRAMATURG AN DEN MÜNCHNER KAMMERSPIELEN ■

Impressum
interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung